

Weitere Themen dieser Ausgabe: Biometrische Überwachung im öffentlichen Raum: eine vergleichende Analyse der Vorschriften in Polen, Großbritannien und China • Monitoring biometryczny w przestrzeni publicznej: analiza porównawcza regulacji w Polsce, Wielkiej Brytanii i Chinach • Czy empatia prawnicza może stanowić element przewagi konkurencyjnej? • Kann juristische Empathie einen Wettbewerbsvorteil darstellen? • Glosa do wyroku Wojewódzkiego Sądu Administracyjnego w Warszawie z dnia 21 września 2022 r., sygn. II SAB/Wa 10/22 38 • Analiza skuteczności mechanizmów odpowiedzialności międzynarodowej – pomiędzy lex lata i ferenda na przykładzie prawa ochrony środowiska.

Monitoring biometryczny w przestrzeni publicznej: analiza porównawcza regulacji w Polsce, Wielkiej Brytanii i Chinach

» Seite 11

Czy empatia prawnicza może stanowić element przewagi konkurencyjnej?

» Seite 19

Analiza skuteczności mechanizmów odpowiedzialności międzynarodowej – pomiędzy lex lata i ferenda na przykładzie prawa ochrony środowiska

» Seite 32

**Biometrische Überwachung im öffentlichen Raum:
eine vergleichende Analyse der Vorschriften in Polen,
Großbritannien und China » Seite 04**

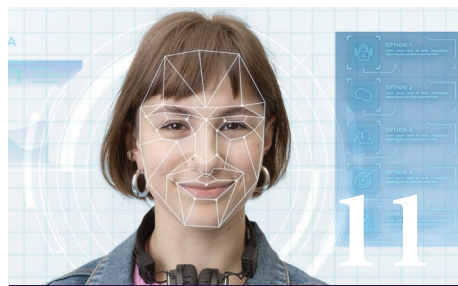
Inhalt

Nr. 4/2025



- 04** Biometrische Überwachung im öffentlichen Raum:
eine vergleichende Analyse der Vorschriften
in Polen, Großbritannien und China

Julia Słowińska



- 11** Monitoring biometryczny w przestrzeni
publicznej: analiza porównawcza regulacji
w Polsce, Wielkiej Brytanii i Chinach

Julia Słowińska



- 19** Czy empatia prawnicza może stanowić
element przewagi konkurencyjnej?

Małgorzata Agnieszka Knop



- 22** Kann juristische Empathie einen
Wettbewerbsvorteil darstellen?

Małgorzata Agnieszka Knop



- 27** Głosa do wyroku Wojewódzkiego Sądu
Administracyjnego w Warszawie z dnia
21 września 2022 r., sygn. II SAB/Wa 10/22

Paweł Kuczma



- 32** Analiza skuteczności mechanizmów
odpowiedzialności międzynarodowej
– pomiędzy lex lata i ferenda na przykładzie
prawa ochrony środowiska

Remigiusz Bartkowiak



Biometrische Überwachung im öffentlichen Raum: eine vergleichende Analyse der Vorschriften in Polen, Großbritannien und China

Biometric Surveillance in Public Spaces: A Comparative Analysis of Regulations in Poland, the United Kingdom, and China

1. Einführung

Die dynamische Entwicklung digitaler Technologien, einschließlich biometrischer Systeme, und der gesellschaftliche Wandel stellen die Länder vor neuen, zunehmend komplexeren regulatorischen Herausforderungen. Die biometrische Überwachung, insbesondere auf der Grundlage von Gesichtserkennungstechnologie, wird im öffentlichen Raum immer häufiger zu Präventions-, Kontroll- und Sicherheitszwecken eingesetzt. Gleichzeitig erfolgt ihre Umsetzung häufig unter Bedingungen unzureichender rechtlicher Regelung, was zu Spannungen zwischen der Wirksamkeit der Maßnahmen und der Notwendigkeit des Schutzes der grundlegenden bürgerlichen Freiheiten, insbesondere die Privatsphäre, führt.

Lange Zeit fehlte es in der aktuellen Rechtslage in Polen an detaillierten Regelungen zum Einsatz von biometrischer Überwachung im öffentlichen Raum. Das änderte sich jedoch im Juni 2024, als die Europäische Union die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates verabschiedete 2024/1689 (sog. AI Act), die umfassende Regelungen für den Einsatz von künstlicher Intelligenz, einschließlich biometrischer

Technologien, einführt. Dies hat die Zulässigkeit und Verwendung biometrischer Daten im öffentlichen Raum erheblich beeinträchtigt, auch in Polen, wo diese Verordnung unmittelbar anwendbar ist. Angesichts der Entwicklung biometrischer Technologien und der Vorteile, die sie für die Gewährleistung der Sicherheit und die Verbesserung der Tätigkeiten der Strafverfolgungsbehörden mit sich bringen, verdeutlicht dies den steigenden Bedarf, gesetzliche Regelungen umsichtig anzuwenden und im innerstaatlichen Recht weiter zu konkretisieren.

Die Einführung detaillierter rechtlicher Regelungen für den Einsatz biometrischer Überwachung, insbesondere der Gesichtserkennungstechnologie, im öffentlichen Raum ist unerlässlich, um einen Ausgleich zwischen erhöhter Sicherheit und Effizienz der Strafverfolgungsbehörden einerseits und dem Schutz individueller Rechte andererseits zu erreichen. Die Auswahl der Länder für diese Analyse beruht auf einem deutlichen Kontrast hinsichtlich der bestehenden Regelungen, der staatlichen Herangehensweise sowie der gesellschaftlichen Wahrnehmung beim Einsatz solcher Technologien.

2. Biometrische Überwachung als Informationsquelle

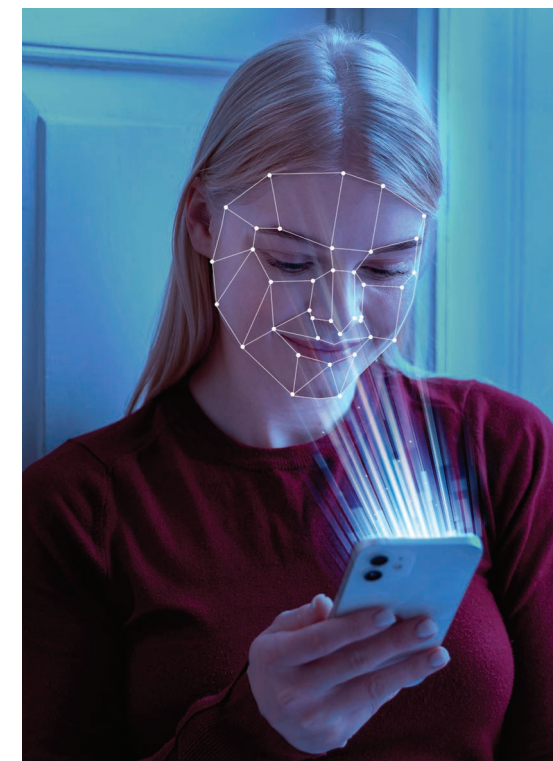
Biometrie nutzt einzigartige physische, verhaltensbezogene und physiologische Merkmale, um die Identität von Personen zu identifizieren¹. Solche Merkmale sind z.B. DNA, Stimme, Fingerabdrücke, Gesichtsform. Sie müssen biometrischen Verarbeitungstechniken unterzogen werden, wodurch es möglich ist, eine bestimmte Person zu identifizieren. In der Praxis geht es dabei darum, ein Element biometrischer Daten zu verwenden und es dann mit dem biometrischen Muster zu vergleichen². Da es sich um sensible Informationen handelt, erfordert die Speicherung in Datenbanken die Bereitstellung von Schutzmaßnahmen, d. h. in verschlüsselter Form.

Sie werden häufig in verschiedenen Lebensbereichen zur Identitätsprüfung für die Zutrittskontrolle eingesetzt, angefangen bei der trivialen Verwendung unseres Gesichtsbildes über das Entsperren des Telefons bis hin zur Kontrolle der Arbeitszeit am Arbeitsplatz.

3. Biometrische Überwachung in China

Die Volksrepublik China ist derzeit eines der führenden Länder bei der Entwicklung digitaler Technologien, was sich auch in der fortgeschrittenen Implementierung der biometrischen Überwachung widerspiegelt. Der Umfang und die Intensität ihrer Anwendung unterscheiden sich erheblich von den Lösungen, die in den europäischen Ländern gewählt wurden, wo dieser Bereich noch entwickelt wird. Gleichzeitig ist die Herangehensweise an das Thema des Schutzes personenbezogener Daten ganz anders. China räumt dem staatlichen Gemeinwohl einen höheren Stellenwert ein als den individuellen Rechten. Dieser Trend ändert sich jedoch langsam, und zugleich äußern chinesische Bürger zunehmend Besorgnis über das Schutzniveau ihrer personenbezogenen Daten³.

Die dynamische Entwicklung, die mit der Produktion riesiger Datenmengen einhergeht, führte zur Einführung der ersten gesetzlichen Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten. Dies geschah jedoch erst um 2010, was darauf hindeutet, dass dies für die Behörden zuvor keine Priorität hatte⁴. Die überarbeitete



Fassung der Allgemeinen Grundsätze des Zivilrechts von 2017 markierte einen entscheidenden Schritt im chinesischen Rechtssystem, die den Datenschutz erstmals als Teil des Zivilrechts anerkannte⁵ sowie die Verabschiedung des Cybersicherheitsgesetzes. Der Grund für die Verabschiedung dieses Gesetzes war die zunehmende Zahl von Online-Straftaten, bei denen es um den illegalen Handel mit personenbezogenen Daten von Einzelpersonen geht. Das im Jahr 2021 verabschiedete Gesetz erwies sich als entscheidend im Zusammenhang mit dem Schutz personenbezogener Daten, das den Geltungsbereich erweiterte und die wichtigsten Konzepte und Grundsätze ihrer Verarbeitung definierte. Eine wichtige Ergänzung zu Chinas System der Informationsschutzbestimmungen war das im 2021 verabschiedete Datensicherheitsgesetz. Dieses Gesetz räumte dem Präsidenten der Volksrepublik China besondere Befugnisse ein, um auf Fälle unsachgemäßer Verarbeitung von Basisdaten zu reagieren, d.h. auf die Verhängung von Geldstrafen oder die Schließung von Unternehmen, die sich nicht an die Vorschriften halten.

China setzt Gesichtserkennungstechnologie in besonders großem Umfang ein. Im öffentlichen Raum sind Kameras allgegenwärtig, um jede Bewegung ihrer Bürger zu kontrollieren. Im Jahr 2021 wurde bekannt, dass

1. T. Mendyk-Krajewska, Biometryczne metody sprawdzania tożsamości w nowych zastosowaniach, „Roczniki Kolegium Analiz Ekonomicznych” 54, 2019, S. 35.

2. A. Michałowicz, Przetwarzanie danych biometrycznych a ochrona jednostek – analiza wybranych zagadnień na tle RODO i projektu aktu o sztucznej inteligencji, „Europejski Przegląd Sądowy” 6, 2023, s. 80.

3. Z. Chojńska, Wykorzystanie technologii rozpoznawania twarzy w Chirskiej Republice Ludowej, „Folia Iuridica Universitatis Wratislaviensis” 11, 2022, Nr. 1, S. 67.

4. Ibidem, S. 53.

5. Ibidem, S. 54.



sogar Geschäfte bekannter Marken wie Max Mara oder BMW, Kameras in ihren Einrichtungen installiert haben, um biometrische Daten ihrer Kunden zu erhalten. Ein weiterer überraschender Fall ist der Einsatz dieser Technologie zur Verteilung von Toilettenpapier in den öffentlichen Toiletten einiger Städte⁶.

Der Einsatz biometrischer Technologien ist mit sozialen und ethischen Dilemmata verbunden, die mit zunehmender Entwicklung immer deutlicher werden. In der öffentlichen Debatte gibt es sowohl Stimmen, die die Umsetzung befürworten, als auch kritische Meinungen, die auf Bedrohungen der Rechte und Freiheiten des Einzelnen hinweisen. Leider haben wir es im Falle Chinas mit einer fortschreitenden Überwachung der Bürger zu tun. Ursprünglich wurde die Technologie entwickelt, die in Polizeiüberwachungs- und Verkehrskontrollsystemen verwendet wird, um Personen zu verfolgen. Die Einführung der biometrischen Überwachung im ganzen Land ist zu einem Missbrauch geworden. Die Strafverfolgungsbehörden nutzten sie, um Teilnehmer an friedlichen Protesten in Hongkong im Jahr 2019 zu identifizieren, die gegen das autoritäre Vorgehen der Behörden organisiert wurden⁷.

Die Gesichtserkennungstechnologie ist ein Schlüsselement des Public Trust Systems. Dieses System verwendet ein dichtes Netz von CCTV-Kameras, um die Bürger in Echtzeit zu überwachen und ihnen Punkte für bestimmte Verhaltensweisen zuzuweisen. Handlungen, die für den Staat als wünschens-

wert erachtet werden, werden belohnt, und solche, die als unangemessen empfunden werden, werden bestraft. Offiziell zielt eine solche Lösung darauf ab, das soziale Vertrauen durch die Förderung von Verantwortung wiederherzustellen⁸, aber in der Praxis ist sie ein Instrument zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten.

Das oben beschriebene System ist im Lichte der chinesischen Gesetzgebung zulässig. In Artikel 26 des oben genannten Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten heißt es: "Die Installation von Geräten zur Bilderfassung oder Identitätserkennung an öffentlichen Orten erfolgt in der Weise, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist, und in Übereinstimmung mit den einschlägigen staatlichen Vorschriften mit der Anbringung klarer Hinweisschilder"⁹. Die so formulierte Bestimmung erlaubt es den chinesischen Behörden, Gesichtserkennungstechnologie im öffentlichen Raum einzusetzen.

4. Biometrische Überwachung in Großbritannien

Großbritannien stellt ein Beispiel für einen europäischen Staat dar, in dem der Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie beobachtet werden kann. Sie wird zunehmend von Ordnungskräften im öffentlichen Raum eingesetzt.

Im Jahr 2024 ist die Zahl der durchgeführten Gesichtsscans im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen¹⁰. Diese Technologie wird an Orten wie Croy-

don, Tooting und Catford eingesetzt¹¹. Ursprünglich waren diese Gebiete Testgelände, aber jetzt wurden aufgrund des Erfolgs dieses Experiments die ersten permanenten Gesichtserkennungskameras in London installiert. Geplant ist zudem der Ausbau der bundesweiten Plattform Strategic Facial Mat-cher, die den Abgleich von Gesichtern mit nationalen Datenbanken wie Einwanderungsregistern ermöglicht¹².

Großbritannien gehört zwar zu den Vorreitern beim Einsatz von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum, doch die rechtlichen Grundlagen dafür sind nach wie vor unvollständig und uneinheitlich. Es gibt kein separates Gesetz, das die Verwendung biometrischer Daten durch Strafverfolgungsbehörden umfassend regelt. Stattdessen wird die Gesichtserkennungstechnologie auf der Grundlage von Datenschutz- und Menschenrechtsbestimmungen eingesetzt.

Die wichtigsten anwendbaren Rechtsakte sind:

- Die Datenschutz-Grundverordnung (UK GDPR) ist die britische Version der EU-DSGVO, die nach dem Brexit in Kraft getreten ist. Zusammen mit dem Datenschutzgesetz 2018 regelt es die Art und Weise, wie personenbezogene Daten, einschließlich biometrischer Daten, nach den Grundsätzen der Minimierung, Zweckmäßigkeit und Transparenz verarbeitet werden¹³;
- Der Human Rights Act von 1998 – setzt die Europäische Menschenrechtskonvention in nationales Recht um, einschließlich Artikel 8, der das Recht auf Achtung des Privatlebens betrifft. Auf dieser Grundlage darf der Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie im öffentlichen Raum nur erfolgen, wenn sie verhältnismäßig und gesetzlich zulässig ist¹⁴;
- Protection of Freedoms Act 2012 – ein Gesetz zur Einführung allgemeiner Regeln für die Nutzung von CCTV-Systemen, das Leitlinien für die visuelle Überwachung und einen Verhaltenskodex enthält¹⁵.

Das Fehlen klarer Leitlinien für die Funktionsprinzipien von Echtzeit-Gesichtserkennungssystemen stellt eine Bedrohung für die Rechte des Einzelnen

und die systemische Überwachung dar. Mangelnde Transparenz bei der Speicherung und Verwendung biometrischer Daten gibt Anlass zur Besorgnis über mögliche Verletzungen des Rechts auf Privatsphäre¹⁶.

5. Biometrische Überwachung in Polen

Bis Mitte 2024 gab es in Polen keine detaillierten Regelungen für den Einsatz biometrischer Überwachung im öffentlichen Raum. Solche Technologien, einschließlich der Gesichtserkennung, wurden hauptsächlich von den Strafverfolgungsbehörden eingesetzt, jedoch ohne klaren Rechtsrahmen und Nutzungsstandards. Der mögliche Einsatz biometrischer Überwachung im öffentlichen Raum stützte sich hauptsächlich auf die allgemeinen Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates, genannt DSGVO¹⁷ und das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten von 2018¹⁸.



Biometrische Daten sind sensible Daten, was bedeutet, dass ihre Verarbeitung nach der DSGVO grundsätzlich verboten ist, außer in u.a. Falle der Einwilligung der Person oder eines wichtigen öffentlichen¹⁹ Interesses. In Polen werden Fragen der Datenverarbeitung im Bereich der öffentlichen Sicherheit zusätzlich durch das Gesetz zur Umsetzung der sogenannten Polizeirichtlinie geregelt (2016/680)²⁰.

11. Ibidem.

12. UK Government, Snapshot paper: Facial Recognition Technology, 2024, <https://www.gov.uk/government/publications/cdei-publishes-briefing-paper-on-facial-recognition-technology/snapshot-paper-facial-recognition-technology> (dostęp: 25.05.2025r.).

13. UK Government, UK GDPR, <https://www.gov.uk/data-protection> (dostęp: 25.05.2025r.).

14. Human Rights Act 1998.

15. UK Government, Protection of Freedoms Act 2012, oraz Surveillance Camera Code of Practice, Home Office, 2013.

16. Biometric Update, UN High Commissioner: facial recognition could lead to destruction of privacy, July 2023, <https://www.biometricupdate.com/202307/un-high-commissioner-says-facial-recognition-could-lead-to-destruction-of-privacy> (dostęp: 25.05.2025r.).

17. Rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2016/679 z dnia 27 kwietnia 2016 r. (RODO).

18. Ustawa z dnia 10 maja 2018 r. o ochronie danych osobowych (Dz.U. 2018 poz. 1000).

19. Art. 9 ff. 2 RODO.

20. Ustawa z dnia 14 grudnia 2018 r. o ochronie danych osobowych przetwarzanych w związku z zapobieganiem i zwalczaniem przestępczości (Dz.U. 2019 poz. 125).

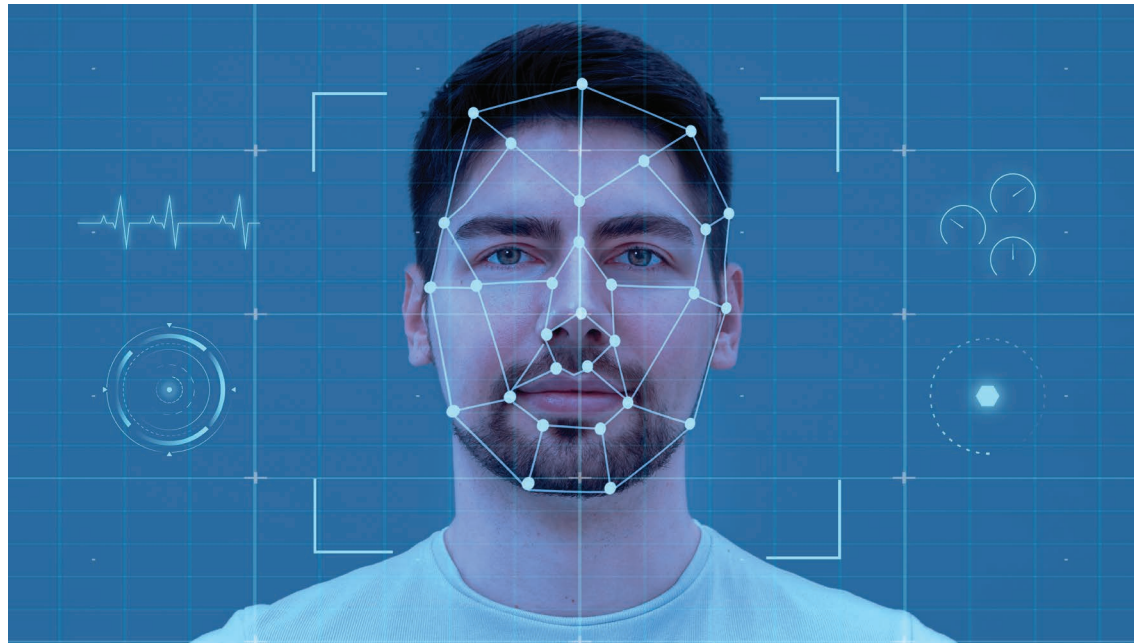
6. Y. Zhang, B. Liao, R. Lei, Challenges and principled responses to privacy protection from biometric technology in China, "Acta Bioethica" 29, 2023, Nr. 2, S. 250.

7. Z. Chojńska, op.cit. S. 68.

8. Ibidem, S. 69.

9. Gesetz über den Schutz personenbezogener Daten der Volksrepublik China, Gesetzblatt VR China, 2021.

10. The Guardian, Police facial ID 'quietly becoming part of toolkit', 24 May 2025, <https://www.theguardian.com/technology/2025/may/24/valuable-tool-or-cause-alarm-facial-id-quietly-becoming-part-police-arsenal> (dostęp: 25.05.2025r.).



Die neue Rechtslage wird durch die Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 eingeführt. (sog. AI Act)²¹, mit der unmittelbar anwendbare Vorschriften für den Einsatz von KI-Systemen eingeführt werden. Dieses Gesetz verbietet die Identifizierung von Personen in Echtzeit im öffentlichen Raum mit Hilfe biometrischer Systeme. Die Fälle, in denen eine biometrische Überwachung möglich sein wird, wurden jedoch genau definiert – z. B. im Rahmen der Tätigkeit von Strafverfolgungsbehörden, sofern die Zustimmung eines Gerichts oder einer anderen unabhängigen Behörde eingeholt wird²².

6. Verordnungen auf Ebene der Europäischen Union

Auf EU-Ebene ist die Grundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten die bereits erwähnte DSGVO und die Richtlinie 2016/680. Die DSGVO stellt strenge Anforderungen an die Zweckmäßigkeit, Rechtmäßigkeit und Minimierung von Daten, was insbesondere beim Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie wichtig ist.

Im April 2023 hat der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA) die Leitlinien 05/2022 zum Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie durch Strafverfolgungsbehörden veröffentlicht. In diesem Dokument wird betont, dass der Einsatz dieser Technologie auf einer klaren Rechtsgrundlage beruhen und den Er-

fordernissen der Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit genügen sollte. Ebenso wichtig ist es, vor der Einführung solcher Systeme eine Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) durchzuführen und Mechanismen zur Kontrolle und Überwachung ihres Funktionierens vorzusehen.

Im Juni 2024 wurde die Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates über künstliche Intelligenz (der sogenannte KI-Act) verabschiedet²³, die den Rechtsrahmen für den Einsatz biometrischer Technologien in der Europäischen Union erheblich ändert. Sie führt das bereits erwähnte Verbot des Einsatzes von Systemen ein, die eine biometrische Fernidentifizierung von Personen in Echtzeit im öffentlichen Raum ermöglichen. Sie betrachtet sie als Technologien mit "inakzeptablen Risiken". Das Verbot ist nicht absolut – es erlaubt genau definierte Ausnahmen, wie z. B. die Verhinderung von Terroranschlägen, aber nur unter der Bedingung, dass die Zustimmung eines Gerichts oder einer anderen unabhängigen Behörde eingeholt wird²⁴.

Das KI-Gesetz verbietet auch die Erstellung biometrischer Datenbanken aus Daten aus dem Internet oder Kameraaufzeichnungen (sogenanntes Scraping) sowie die automatische Kategorisierung von Personen anhand ihrer sensiblen Merkmale wie sexuelle Orientierung, religiöse Überzeugung oder ethnische Zugehörigkeit.

21. Rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2024/1689 z dnia 13 czerwca 2024 r. w sprawie ustanowienia zharmonizowanych przepisów dotyczących sztucznej inteligencji (AI Act), (Dz.U. UE L 168 z 14.6.2024.).

22. Art. 5 Rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2024/1689 z dnia 13 czerwca 2024 r. w sprawie ustanowienia zharmonizowanych przepisów dotyczących sztucznej inteligencji (AI Act), (Dz.U. UE L 168 z 14.6.2024.).

23. Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (KI-Gesetz) (ABl. L 168 vom 14.6.2024.).

24. Art. 5 Rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2024/1689 z dnia 13 czerwca 2024 r. w sprawie ustanowienia zharmonizowanych przepisów dotyczących sztucznej inteligencji (AI Act), (Dz.U. UE L 168 z 14.6.2024.).



Mit der Verordnung werden zusätzliche Verpflichtungen für Unternehmen eingeführt, die KI-Systeme mit hohem Risiko einsetzen, u.a. die Verpflichtung zur Transparenz, zur Dokumentation der Tätigkeiten und zur Meldung eines solchen Systems an das EU-Register.

Die Einführung des KI-Gesetzes bestätigt, dass die Europäische Union einen der restriktivsten Ansätze der Welt für den Einsatz biometrischer Überwachung aus öffentlichen Räumen gewählt hat. Auf diese Weise versucht sie, die Grundrechte der Bürger zu schützen, insbesondere das Recht auf Privatsphäre, auf freie Meinungsäußerung und auf Schutz vor Massenüberwachung, wie wir es im Fall China sehen können.

Der KI-Rechtsakt ist unmittelbar anwendbar und gilt in allen Mitgliedstaaten. Die Verordnung trat am 2. Juli 2024 in Kraft, seit Januar 2025 gelten die Regelungen zur Echtzeit-Identifizierung von Personen im öffentlichen Raum. Das bedeutet, dass Polen und andere Mitgliedstaaten diese Anforderungen nun anwenden sollten, einschließlich der Kontrollen und der Überwachung des Einsatzes von Gesichtserkennungstechnologien. Weitere Regulierungen für andere Hochrisiko-KI-Systeme werden schrittweise eingeführt, wobei die Anpassungsfristen bis Mitte 2026 reichen.

7. Postulate

Eine Analyse des Einsatzes von biometrischer Überwachung im öffentlichen Raum am Beispiel Chinas, Großbritanniens und Polens zeigt deutliche Unterschiede im Umgang mit dieser Technologie, die sich sowohl aus rechtlichen als auch aus kulturellen Rahmenbedingungen ergeben.

In China stellt die biometrische Überwachung, insbesondere die Gesichtserkennung, ein zentrales Element des Sozialen Bonitätssystems („Social Scoring

System“), dar, das eine Massenüberwachung der Bürger ermöglicht. Diese Technologie wird verwendet, um die Aktivitäten der Bürger in Echtzeit zu verfolgen und ihr Verhalten durch ein Punktesystem zu beeinflussen, was ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte und der Privatsphäre aufwirft. In Großbritannien unterliegt der Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie im öffentlichen Raum einer detaillierten Bewertung und Regulierung, ist aber nach wie vor Gegenstand intensiver Debatten. Derzeit gibt es kein einheitliches, umfassendes Rechtssystem, das alle Aspekte des Einsatzes dieser Technologie eindeutig regeln würde.

In Polen bestand mit dem wachsenden Interesse an der Gesichtserkennungstechnologie die Notwendigkeit, dieses Thema zu regeln. Im Jahr 2024 hat die Europäische Union auf diesen wachsenden Bedarf mit dem KI-Gesetz reagiert, das den Schutz der Privatsphäre und der Bürgerrechte gewährleisten soll und eine Pflicht zur Transparenz und Kontrolle über den Einsatz dieser Technologien auferlegt.

Daher wäre es ratsam, die folgenden Schritte zu unternehmen:

1. Einrichtung einer unabhängigen Aufsichtsbehörde auf nationaler Ebene, die für die Kontrolle und Überwachung des Einsatzes biometrischer Technologien zuständig ist, was eine Anforderung des KI-Gesetzes ist, die den Mitgliedstaaten überlassen bleibt;
2. Durchführung und Durchsetzung einer verpflichtenden Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) für biometrische Systeme, wie sie im KI-Gesetz vorgeschrieben ist;
3. Einhaltung des Verbots des Einsatzes invasiver Gesichtserkennungssysteme im öffentlichen Raum, außer in streng definierten und gesetzlich zulässigen Fällen, gemäß Artikel 5 des KI-Gesetzes.

8. Schlussfolgerung

Verschiedene Rechtsordnungen regeln den Einsatz von Gesichtserkennungstechnologien, und ihre Umsetzung bringt sowohl Vorteile als auch Risiken mit sich.

Das Fehlen umfassender Vorschriften in Polen war ein erhebliches Hindernis für den effektiven und sicheren Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie. Die Einführung des KI-Gesetzes im Juni 2024 auf Ebene der Europäischen Union ist jedoch ein entscheidender Schritt, um den Rechtsrahmen zu

vereinheitlichen und den Schutz der Bürgerrechte zu stärken und gleichzeitig die ethische Nutzung dieser Technologie zu ermöglichen. Das chinesische Modell ist zwar technologisch fortschrittlich, birgt aber ernsthafte Bedrohungen für die Bürgerrechte, während der britische Ansatz trotz seiner Herausforderungen den Wunsch zeigt, Sicherheit und Privatsphäre in Einklang zu bringen. Polen hat die Chance, unter Nutzung der Erfahrungen beider Systeme und der neuen EU-Verordnungen ein wirksames und verantwortungsvolles Modell für den Einsatz biometrischer Überwachung im öffentlichen Raum zu schaffen.

Zusammenfassung:

Der Beitrag analysiert die gesetzlichen Regelungen zur biometrischen Überwachung im öffentlichen Raum in Polen, Großbritannien und China unter besonderer Berücksichtigung der Gesichtserkennungstechnologie. Mit Hilfe der vergleichenden und rechtlichen Methode werden die Ziele, der Umfang und die Mechanismen der Aufsicht über diese Technologien in drei verschiedenen Rechtsordnungen diskutiert. Die Analyse weist auf erhebliche Unterschiede in den Regulierungsansätzen hin, die vom restriktiven Rahmen der Europäischen Union bis hin zur umfassenden Überwachung in China reichen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der KI-Verordnung (AI Act), die direkte und strenge Einschränkungen für den Einsatz biometrischer Überwachung in den EU-Mitgliedstaaten vorsieht. Der Artikel schlägt Postulate vor, die darauf abzielen, ein Gleichgewicht zwischen der öffentlichen Sicherheit und dem Schutz der Rechte des Einzelnen zu gewährleisten.

Schlüsselwörter: biometrische Überwachung, Gesichtserkennung, KI-Gesetz, Schutz personenbezogener Daten, Rechtsvergleichung, Überwachung.

Abstract:

The article examines legal regulations governing biometric surveillance in public spaces in Poland, the United Kingdom, and China, with a particular focus on facial recognition technology. Using a comparative legal method, it discusses the objectives, scope, and oversight mechanisms for these technologies within three distinct legal systems. The analysis highlights significant differences in regulatory approaches - from the European Union's restrictive framework to China's extensive citizen surveillance. Special attention is given to the AI Act, which introduces direct and stringent limitations on the use of biometric surveillance within EU member states. The paper concludes with recommendations aimed at balancing public security with the protection of individual rights.

Keywords: biometric surveillance, facial recognition, AI Act, personal data protection, comparative law, surveillance.



Über die Autorin: Julia Słowińska - Studentin der Rechtswissenschaften an der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität in Warschau mit den Schwerpunkten Schutz personenbezogener Daten und rechtliche Aspekte neuer Technologien; E-Mail: j.slowinska@student.uksw.edu.pl.



Julia Słowińska

Monitoring biometryczny w przestrzeni publicznej: analiza porównawcza regulacji w Polsce, Wielkiej Brytanii i Chinach

Biometric Surveillance in Public Spaces: A Comparative Analysis of Regulations in Poland, the United Kingdom, and China

1. Uwagi wprowadzające

Dynamiczny rozwój technologii cyfrowych, w tym systemów biometrycznych oraz równoległe przemiany społeczne stawiają państwa przed nowymi, coraz bardziej złożonymi wyzwaniami regulacyjnymi. Monitoring biometryczny, zwłaszcza oparty na technologii rozpoznawania twarzy, staje się coraz powszechniejszym narzędziem wykorzystywanym w przestrzeni publicznej do celów prewencji, kontroli i bezpieczeństwa. Jednocześnie jego wdrażanie odbywa się często w warunkach niedostatecznego uregulowania prawnego, co prowadzi do napięć pomiędzy efektywnością działania a koniecznością ochrony podstawowych wolności obywatelskich, w szczególności prawa do prywatności.

W obowiązującym stanie prawnym w Polsce przez długi czas brakowało szczegółowych regulacji dotyczących stosowania monitoringu biometrycznego w przestrzeni publicznej. Sytuacja zmieniła się jednak w czerwcu 2024 r. Unia Europejska przyjęła Rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady 2024/1689 (tzw. AI Act), które wprowadza kompleksowe przepisy regulujące stosowanie sztucznej inteligencji, w tym również technologii biometrycznych. Wpłynęło to znacząco na dopuszczalność i wykorzystanie biometrii w przestrzeni publicznej również w Polsce,

gdzie to rozporządzenie ma bezpośrednie zastosowanie. Biorąc jednak pod uwagę rozwój technologii biometrycznych i korzyści jakie ze sobą niesie w zapewnieniu bezpieczeństwa oraz usprawnieniu działań organów ścigania, wskazuje to na rosnącą potrzebę uważnego stosowania przepisów i ich dalszego doprecyzowania w prawie krajowym.

Wprowadzenie szczegółowych regulacji prawnych dotyczących użycia monitoringu biometrycznego, w szczególności technologia rozpoznawania twarzy, w przestrzeni publicznej jest niezbędne dla osiągnięcia kompromisu między zwiększeniem bezpieczeństwa i skuteczności działań organów ścigania, a ochroną praw jednostek. Wybór państw do przeprowadzenia tej analizy wynika z wyraźnego kontrastu między nimi w przyjętych regulacjach, podejściu organów państwowych oraz społecznym odbiorze stosowania tych technologii.

2. Monitoring biometryczny jako źródło informacji

Biometria jako nauka wykorzystuje unikatowe cechy fizyczne, behawioralne i fizjologiczne w celu identyfikacji tożsamości osób¹. Takimi cechami są np. DNA, głos, odciski palców, kształt twarzy. Muszą zostać poddane technikom biometrycznego prze-

1. T. Mendyk-Krajewska, Biometryczne metody sprawdzania tożsamości w nowych zastosowaniach, „Roczniki Kolegium Analiz Ekonomicznych” 54, 2019, s. 35.

tworzenia, w wyniku którego możliwa jest identyfikacja konkretnej osoby. W praktyce polega to na wykorzystaniu elementu danych biometrycznych, a następnie zestawieniu go z posiadanym wzorcem biometrycznym². Z racji na swoją naturę informacji wrażliwych ich przechowywane w bazach danych wymaga zapewnienia środków ochronnych tj. postaci zaszyfrowanej.

Stosowane są powszechnie w różnych dziedzinach życia przy weryfikacji tożsamości w celu kontroli dostępu, zaczynając od trywialnego użycia wizerunku naszej twarzy do odblokowania telefonu do kontroli czasu pracy w zakładach pracy.



3. Monitoring biometryczny w Chinach

Chińska Republika Ludowa należy obecnie do czołowych państw rozwijających technologie cyfrowe, co znajduje odzwierciedlenie również w zaawansowanym poziomie wdrożenia monitoringu biometrycznego. Skala i intensywność jego stosowania znacząco różni się od rozwiązań przyjętych w państwach europejskich, gdzie jest to dziedzina dopiero badana. Jednocześnie podejście do kwestii ochrony danych osobowych jest zdecydowanie odmienne. Chiny przedstawiają przewagę dobra wspólnego państwa niż dbania o swoje prawa. Ta tendencja jednak powoli zmienia się, a Chińczycy wyrażają coraz większe zaniepokojenie poziomem ochrony swoich danych³.

Dynamiczny rozwój, z którym wiązała się produkcja ogromnej ilości danych spowodowały wprowadzenie pierwszych regulacji prawnych dotyczących ochrony danych osobowych. Stało się to jednak dopiero około 2010 r. co wskazuje, że wcześniej nie było to priorytetem dla władzy⁴. Przełomowa była nowelizacja Ogólnych Zasad Prawa Cywilnego z 2017 r., która po raz pierwszy uznała ochronę danych za część prawa cywilnego⁵ oraz uchwalenie w tym samym roku ustawy o cyberbezpieczeństwie. Powodem uchwalenia tej ustawy była zwiększająca się ilość przestępstw internetowych obejmujących nielegalny handel danymi osobowymi jednostek. Kluczowa w kontekście ochrony danych osobowych okazała się ustawa uchwalona w 2021 r., która rozszerzyła zakres, określiła główne pojęcia i zasady ich przetwarzania. Istotnym uzupełnieniem chińskiego systemu regulacji w zakresie ochrony informacji była uchwalona w 2021 r. ustawa o bezpieczeństwie danych. Akt ten przyznał Prezydentowi Chińskiej Republiki Ludowej szczególne kompetencje w zakresie reagowania na przypadki niewłaściwego przetwarzania danych podstawowych tj. nakładanie kar pieniężnych, czy zamykanie przedsiębiorstw niedostosowanych do przepisów.

Technologia rozpoznawania twarzy przoduje w wykorzystaniu w Chinach. W przestrzeni publicznej wszechobecne są kamery kontrolujące każdy ruch swoich obywateli. W 2021 r. wyszły informacje, że nawet sklepy znanych marek jak np. Max Mara czy BMW zainstalowały w swoich obiektach kamery, by pozyskiwać dane biometryczne swoich klientów. Innym zaskakującym przypadkiem jest użycie tej technologii do dystrybucji papieru toaletowego w łazienkach publicznych niektórych miast⁶.

Zastosowanie technologii biometrycznych wiąże się z dylematami społecznymi i etycznymi, które stają się coraz bardziej widoczne w miarę ich dalszego rozwoju. W debacie publicznej obecne są zarówno głosy popierające ich wdrażanie, jak i opinie krytyczne, podkreślające zagrożenia dla praw i wolności jednostki. Niestety w przypadku Chin mamy do czynienia z postępującą inwigilacją obywateli. Początkowo technologia używana w policyjnych systemach nadzoru oraz kontroli ruchu drogowego rozwinęła się do śledzenia ludzi. Nadużyciem stało



się wprowadzenie monitoringu biometrycznego na obszarze całego kraju. Organy ścigania przy jego wykorzystaniu identyfikowali uczestników pokojowych protestów w Hongkongu w 2019 r. organizowanym przeciwko autorytarnym działaniom władz⁷.

Technologia rozpoznawania twarzy stanowi kluczowy element Systemu Zaufania Publicznego. System ten za pomocą gęstej sieci kamer CCTV monitoruje w czasie rzeczywistym obywateli i przypisuje im punkty za konkretne zachowania. Nagradzane są działania uznawane za pożądane za państwo, a karane te, postrzegane za nieodpowiednie. Oficjalnie takie rozwiązanie ma na celu odbudowanie zaufania społecznego poprzez promowanie odpowiedzialności⁸, w praktyce stanowi narzędzie ograniczania swobód obywatelskich.

Opisany powyżej system jest dopuszczalny w świetle chińskiej legislacji. Artykuł 26 wspomnianej wcześniej ustawy o ochronie danych osobowych stanowi, że „Instalacja urządzeń do gromadzenia wizerunków lub rozpoznawania tożsamości w miejscach publicznych odbywa się w sposób wymagany do ochrony bezpieczeństwa publicznego i zgodnie z odpowiednimi przepisami państwowymi, przy czym należy zainstalować wyraźne znaki informacyjne⁹. Tak sformułowany przepis pozwala chińskim władzom na wykorzystywanie w przestrzeni publicznej technologii rozpoznawania twarzy.

4. Monitoring biometryczny w Wielkiej Brytanii

Wielka Brytania stanowi przykład państwa europejskiego, w którym możemy zauważyć zastosowanie technologii rozpoznawania twarzy. Jest ona coraz szerzej stosowana przez służby porządkowe w przestrzeni publicznej.

W 2024 roku zauważalny był ponad dwukrotny wzrost przeprowadzonych skanów twarzy w porównaniu do poprzedniego roku¹⁰. Technologia ta wykorzystywana jest w miejscach takich jak Croydon, Tooting czy Catford¹¹. Pierwotnie te obszary były miejscami testów, jednak obecnie ze względu na pewnego rodzaju sukces tego eksperymentu, w Londynie zainstalowano pierwsze stałe kamery do rozpoznawania twarzy. Planowana jest również rozbudowa ogólnokrajowej platformy Strategic Facial Matcher, która umożliwi porównywanie twarzy z krajowymi bazami danych takimi jak np. rejestry imigracyjne¹².

Pomimo iż Wielka Brytania jest jednym z liderów wprowadzania systemów rozpoznawania twarzy w przestrzeni publicznej, system regulacji, na podstawie których obecnie odbywa się jej stosowanie wciąż pozostaje niepełny i fragmentaryczny. Nie istnieje bowiem odrębna ustawa kompleksowo regulująca wykorzystanie biometrii przez organy ścigania. Zamiast tego technologia rozpoznawania twarzy jest wykorzystywana w oparciu o ogólne regulacje dotyczące ochrony danych i praw człowieka.

2. A. Michałowicz, Przetwarzanie danych biometrycznych a ochrona jednostek – analiza wybranych zagadnień na tle RODO i projektu aktu o sztucznej inteligencji, „Europejski Przegląd Sądowy” 6, 2023, s. 80.
3. Z. Chojńska, Wykorzystanie technologii rozpoznawania twarzy w Chińskiej Republice Ludowej, „Folia Iuridica Universitatis Wratislaviensis” 11, 2022, nr 1, s. 67.

4. Ibidem, s. 53.
5. Ibidem, s. 54.
6. Y. Zhang, B. Liao, R. Lei, Challenges and principled responses to privacy protection from biometric technology in China, „Acta Bioethica” 29, 2023, nr 2, s. 250.

7. Z. Chojńska, op.cit. s. 68.
8. Ibidem, s. 69.
9. Ustawa o ochronie danych osobowych Chińskiej Republiki Ludowej, Dz. Urz. ChRL, 2021.
10. The Guardian, Police facial ID 'quietly becoming part of toolkit', 24 May 2025, <https://www.theguardian.com/technology/2025/may/24/valuable-tool-or-cause-alarm-facial-id-quietly-becoming-part-police-arsenal> (dostęp: 25.05.2025r.)

11. Ibidem.
12. UK Government, Snapshot paper: Facial Recognition Technology, 2024, <https://www.gov.uk/government/publications/cdei-publishes-briefing-paper-on-facial-recognition-technology/snapshot-paper-facial-recognition-technology> (dostęp: 25.05.2025r.)



Głównymi aktami prawnymi mającymi zastosowanie są:

- Ogólne Rozporządzenie o Ochronie Danych (UK GDPR) - brytyjska wersja unijnego RODO, obowiązująca po Brexicie. Wraz z Data Protection Act 2018 reguluje sposób przetwarzania danych osobowych, w tym danych biometrycznych zgodnie z zasadami minimalizacji, celowości i przejrzystości¹³;
- Ustawa o prawach człowieka z 1998r. - implementuje do prawa krajowego Europejską Konwencję Praw Człowieka, w tym art. 8, który dotyczy prawa do poszanowania życia prywatnego. Na tej podstawie użycie technologii rozpoznawania twarzy w przestrzeni publicznej musi spełniać test proporcjonalności i legalności¹⁴;
- Protection of Freedoms Act 2012 - akt wprowadzający ogólne zasady stosowania systemów CCTV, zawierający wytyczne nadzoru wizualnego oraz kodeks dobrych praktyk¹⁵.

Brak jasnych wytycznych zasad działania systemów rozpoznawania twarzy w czasie rzeczywistym stanowi zagrożenie dla praw jednostki i systemowej inwigilacji. Brak przejrzystości w zakresie przechowywania i wykorzystywania danych biometrycznych budzi obawy co do potencjalnego naruszenia prawa do prywatności¹⁶.

5. Monitoring biometryczny w Polsce

W Polsce do połowy 2024 r. brakowało szczegółowych regulacji dotyczących stosowania monitoringu biometrycznego w przestrzeni publicznej. Technologie takie, w tym rozpoznawanie twarzy, były wykorzystywane głównie przez służby porządkowe, jednak bez jasnych ram prawnych i standardów stosowania. Ewentualne użycie monitoringu biometrycznego w przestrzeni publicznej odbywało się głównie na podstawie ogólnych przepisów o ochronie danych osobowych - Rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2016/679, zwane RODO¹⁷ oraz ustawie o ochronie danych osobowych z 2018 roku¹⁸. Dane biometryczne należą do danych wrażliwych co oznacza, że zgodnie z RODO, ich przetwarzanie jest co do zasady zakazane, z wyjątkiem m.in. w przypadku zgody osoby lub ważnego interesu publicznego¹⁹. W Polsce dodatkowo kwestie przetwarzania danych w zakresie bezpieczeństwa publicznego reguluje ustawa wdrażająca tzw. dyrektywę policyjną (2016/680)²⁰.

Nową sytuację prawną wprowadza Rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2024/1689 z dnia 13 czerwca 2024 r. (tzw. AI Act)²¹, które wprowadza bezpośrednio obowiązujące przepisy dotyczące stosowania systemów sztucznej inteligencji.

Akt ten zakazuje identyfikacji osób w czasie rzeczywistym w przestrzeni publicznej przy zastosowaniu systemów biometrycznych. Zostały jednak ściśle określone przypadki, w których możliwe będzie wykorzystanie monitoringu biometrycznego – np. podczas działań organów ścigania, pod warunkiem uzyskania zgody sądu lub innego niezależnego organu²².

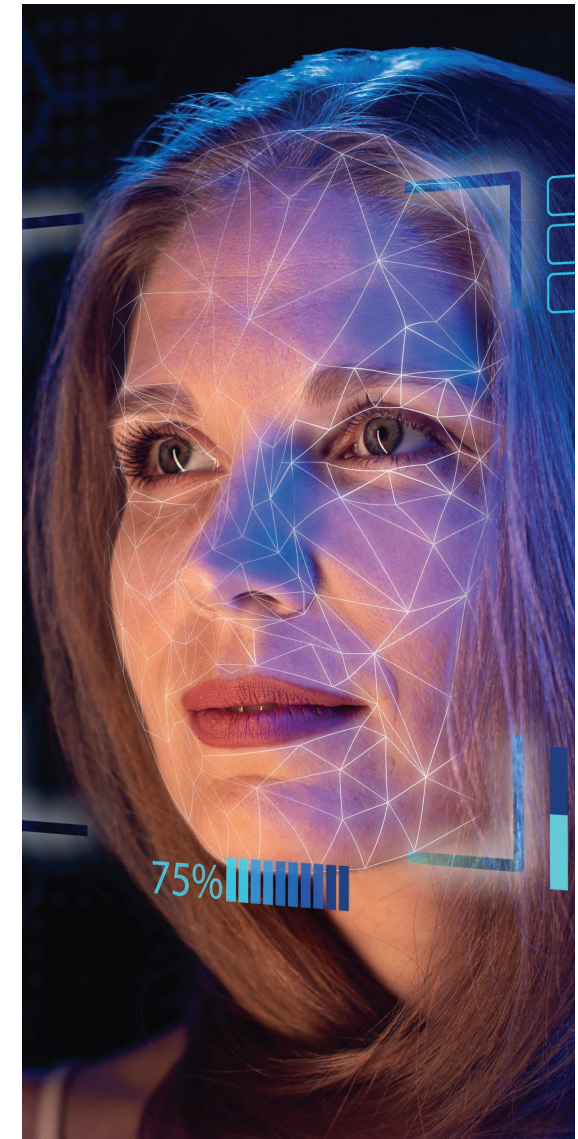
6. Regulacje na poziomie Unii Europejskiej

Na poziomie unijnym podstawą przetwarzania danych osobowych jest wspomniane RODO oraz dyrektywa 2016/680. RODO nakłada rygorystyczne wymagania dotyczące celowości, legalności oraz minimalizacji danych, co ma szczególne znaczenie w przypadku stosowania technologii rozpoznawania twarzy.

W kwietniu 2023 roku Europejska Rada Ochrony Danych (EROD) opublikowała Wytyczne 05/2022 dotyczące wykorzystania technologii rozpoznawania twarzy przez organy ścigania. Dokument ten podkreśla, że stosowanie tej technologii powinno być oparte na jasnej podstawie prawnej i spełniać wymogi proporcjonalności oraz konieczności. Równie ważne jest przeprowadzenie oceny skutków dla ochrony danych (DPIA) przed wdrożeniem takich systemów oraz zapewnienie mechanizmów kontroli i nadzoru nad ich funkcjonowaniem.

W czerwcu 2024 r. przyjęto Rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2024/1689 w sprawie sztucznej inteligencji (tzw. AI Act)²³, które znacząco zmienia ramy prawne dotyczące stosowania technologii biometrycznych w Unii Europejskiej. Wprowadza ono wspomniany wcześniej zakaz wykorzystywania systemów umożliwiających zdalną biometryczną identyfikację osób w czasie rzeczywistym w przestrzeni publicznej. Uznaje je za technologie o „nieakceptowalnym ryzyku”. Zakaz nie jest bezwzględny – dopuszcza ściśle określone wyjątki jak np. Zapobieganie atakom terrorystycznym, ale jedynie pod warunkiem uzyskania zgody sądu lub innego niezależnego organu²⁴.

AI Act przewiduje również zakaz tworzenia baz danych biometrycznych z danych pozyskiwanych z Internetu lub nagrań z kamer (tzw. Scraping), jak i automatycznego kategoryzowania osób na pod-



stawie ich cech wrażliwych jak orientacja seksualna, przekonania religijne czy pochodzenie etniczne.

Rozporządzenie wprowadza dodatkowe obowiązki dla podmiotów wykorzystujących systemy AI o wysokim ryzyku – m.in. obowiązek przejrzystości, dokumentowania działań oraz zgłoszenia takiego systemu do unijnego rejestru.

Wprowadzenie AI Act potwierdza, że Unia Europejska przyjęła jedno z najbardziej restrykcyjnych podejść na świecie w zakresie wykorzystania monitoringu biometrycznego z przestrzeni publicznej. Dąży tym do ochrony praw podstawowych obywateli, zwłaszcza prawa do prywatności, wyrażania własnych opinii oraz ochrony przez masową inwigilacją, którą możemy zauważyć w omówionym wcześniej przypadku Chin.

13. UK Government, UK GDPR, <https://www.gov.uk/data-protection> (dostęp: 25.05.2025r.)

14. Human Rights Act 1998

15. UK Government, Protection of Freedoms Act 2012, oraz Surveillance Camera Code of Practice, Home Office, 2013

16. Biometric Update, UN High Commissioner: facial recognition could lead to destruction of privacy, July 2023, <https://www.biometricupdate.com/202307/un-high-commissioner-says-facial-recognition-could-lead-to-destruction-of-privacy> (dostęp: 25.05.2025r.)

17. Rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2016/679 z dnia 27 kwietnia 2016 r. (RODO).

18. Ustawa z dnia 10 maja 2018 r. o ochronie danych osobowych (Dz.U. 2018 poz. 1000).

19. Art. 9 ust. 2 RODO.

20. Ustawa z dnia 14 grudnia 2018 r. o ochronie danych osobowych przetwarzanych w związku z zapobieganiem i zwalczaniem przestępczości (Dz.U. 2019 poz. 125).

21. Rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2024/1689 z dnia 13 czerwca 2024 r. w sprawie ustanowienia zharmonizowanych przepisów dotyczących sztucznej inteligencji (AI Act), (Dz.U. UE L 168 z 14.6.2024.).

22. Art. 5 Rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2024/1689 z dnia 13 czerwca 2024 r. w sprawie ustanowienia zharmonizowanych przepisów dotyczących sztucznej inteligencji (AI Act), (Dz.U. UE L 168 z 14.6.2024.).

23. Rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2024/1689 z dnia 13 czerwca 2024 r. w sprawie ustanowienia zharmonizowanych przepisów dotyczących sztucznej inteligencji (AI Act), (Dz.U. UE L 168 z 14.6.2024.).

24. Art. 5 Rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2024/1689 z dnia 13 czerwca 2024 r. w sprawie ustanowienia zharmonizowanych przepisów dotyczących sztucznej inteligencji (AI Act), (Dz.U. UE L 168 z 14.6.2024.).



AI Act ma zastosowanie bezpośrednie i obowiązuje we wszystkich państwach członkowskich. Rozporządzenie weszło w życie 2 lipca 2024 r., a przepisy dotyczące identyfikacji osób w czasie rzeczywistym w przestrzeni publicznej obowiązują od stycznia 2025 r. Oznacza to, że aktualnie Polska oraz pozostałe państwa członkowskie powinny już stosować te wymogi, w tym kontrole i nadzór nad wykorzystaniem technologii rozpoznawania twarzy. Pozostałe przepisy dotyczące innych systemów AI o wysokim ryzyku są wprowadzane etapowo, a ich terminy dostosowawcze sięgają nawet połowy 2026 r.

7. Postulaty

Analiza wykorzystania monitoringu biometrycznego w przestrzeni publicznej na przykładzie Chin, Wielkiej Brytanii oraz Polski ukazuje wyraźne różnice w podejściu do tej technologii, wynikające zarówno z uwarunkowań prawnych, jak i kulturowych.

W Chinach monitoring biometryczny, zwłaszcza rozpoznawanie twarzy, funkcjonuje jako kluczowy element systemu Zaufania Publicznego („Social Scoring System”), umożliwiając masowy nadzór obywateli. Technologia ta jest wykorzystywana do śledzenia działań obywateli w czasie rzeczywistym, a także do kształtowania ich zachowań poprzez system punktowy, co wzbudza poważne obawy dotyczące praw człowieka i prywatności.

W Wielkiej Brytanii stosowanie technologii rozpoznawania twarzy w przestrzeni publicznej podlega szczegółowej ocenie i regulacji, jednak pozostaje tematem intensywnej debaty. Obecnie nie ma jednolitego, kompleksowego systemu prawnego, który

jednoznacznie regulowałby wszystkie aspekty wykorzystywania tej technologii.

W Polsce wraz ze wzrostem zainteresowania technologią rozpoznawania twarzy pojawiła się konieczność wprowadzania regulacji ten kwestii. W 2024r. Unia Europejska odpowiedziała na tę rosnącą potrzebę rozporządzeniem AI Act. Ma ono na celu zapewnienie ochrony prywatności i praw obywatelskich oraz narzuca obowiązek przejrzystości i kontroli nad wykorzystywaniem tych technologii.

Dlatego też wskazanym byłoby podjęcie następujących kroków:

1. Powołanie niezależnego organu nadzoru na poziomie krajowym, odpowiedzialnego za kontrolę i monitorowanie stosowania technologii biometrycznych, co jest wymogiem AI Act pozostawionym do realizacji przez państwa członkowskie;
2. Wdrożenie i egzekwowanie obowiązkowej oceny skutków dla ochrony danych (DPIA) dla systemów biometrycznych, zgodnie z wymogami AI Act;
3. Przestrzeganie zakazu stosowania inwazyjnych systemów rozpoznawania twarzy w przestrzeni publicznej, z wyjątkiem ściśle określonych i prawnie dozwolonych przypadków, zgodnie z art. 5 AI Act.

8. Zakończenie

Różne systemy prawne regulują wykorzystanie technologii rozpoznawania twarzy a z ich wdrożenia wynikają zarówno jakie korzyści i zagrożenia wynikają. Brak kompleksowych regulacji w Polsce stanowił istotną barierę dla efektywnego i bezpiecznego

stosowania technologii rozpoznawania twarzy. Jednakże wprowadzenie w czerwcu 2024 r. na poziomie Unii Europejskiej rozporządzenia AI Act stanowi kluczowy krok ku ujednoliceniu ram prawnych i wzmocnieniu ochrony praw obywatelskich przy jednoczesnym umożliwieniu etycznego wykorzystania tej technologii. Model chiński, choć technologicznie zaawansowany, niesie ze sobą poważne

zagrożenia dla praw obywatelskich, podczas gdy podejście brytyjskie, pomimo wyzwań, wykazuje dążenie do wyważenia bezpieczeństwa i ochrony prywatności. Polska, korzystając z doświadczeń obu systemów oraz nowych regulacji unijnych, ma szansę na stworzenie efektywnego i odpowiedzialnego modelu stosowania monitoringu biometrycznego w przestrzeni publicznej.

Streszczenie:

Artykuł analizuje regulacje prawne dotyczące monitoringu biometrycznego w przestrzeni publicznej w Polsce, Wielkiej Brytanii i Chinach, ze szczególnym uwzględnieniem technologii rozpoznawania twarzy. Przy wykorzystaniu metody porównawczo-prawnej omówiono cele, zakres oraz mechanizmy nadzoru nad tymi technologiami w trzech odmiennych systemach prawnych. Analiza wskazuje na istotne różnice w podejściu regulacyjnym - od restrykcyjnych ram Unii Europejskiej po szeroką inwigilację w Chinach. Szczególną uwagę poświęcono rozporządzeniu AI Act, które wprowadza bezpośrednie i rygorystyczne ograniczenia w zakresie wykorzystania monitoringu biometrycznego w państwach członkowskich UE. W artykule zaproponowano postulaty mające na celu zapewnienie równowagi między bezpieczeństwem publicznym a ochroną praw jednostki.

Słowa kluczowe: monitoring biometryczny, rozpoznawanie twarzy, AI Act, ochrona danych osobowych, prawo porównawcze, inwigilacja.

Abstract:

The article examines legal regulations governing biometric surveillance in public spaces in Poland, the United Kingdom, and China, with a particular focus on facial recognition technology. Using a comparative legal method, it discusses the objectives, scope, and oversight mechanisms for these technologies within three distinct legal systems. The analysis highlights significant differences in regulatory approaches - from the European Union's restrictive framework to China's extensive citizen surveillance. Special attention is given to the AI Act, which introduces direct and stringent limitations on the use of biometric surveillance within EU member states. The paper concludes with recommendations aimed at balancing public security with the protection of individual rights.

Keywords: biometric surveillance, facial recognition, AI Act, personal data protection, comparative law, surveillance.



O autorce: Julia Słowińska - studentka IV roku prawa na Uniwersytecie Kardynała Stefana Wyszyńskiego w Warszawie, koncentrująca swoje zainteresowania badawcze na ochronie danych osobowych i prawnych aspektach nowych technologii; j.slowinska@student.uksw.edu.pl.



Małgorzata Agnieszka Knop

Czy empatia prawnicza może stanowić element przewagi konkurencyjnej?

Can Empathy in the Legal Profession Constitute a Competitive Advantage?

Komunikacja¹ stanowi fundamentalny element codziennego funkcjonowania człowieka, niezależnie od szerokości czy długości geograficznej jego miejsca życia lub przebywania. To dzięki niej możliwe jest formułowanie i przekazywanie spostrzeżeń, emocji, pragnień oraz potrzeb w sposób zrozumiały dla odbiorcy. Komunikacja pełni wiele kluczowych funkcji: dostarcza informacji, pobudza do działania, umożliwia ekspresję uczuć, a także sprzyja budowaniu więzi i udzielaniu wzajemnego wsparcia². Warto podkreślić, że jej rola jest wielowymiarowa - obejmuje zarówno przekazywanie treści i inspirowanie do aktywności, jak również kształtowanie relacji interpersonalnych oraz wzmacnianie procesów współdziałania i pomocy³.

W środowisku prawniczym komunikacja nabiera szczególnego znaczenia. Skuteczny przekaz to nie tylko narzędzie pracy, lecz fundament profesjonalnej praktyki. Jest procesem wielowymiarowym obejmującym budowanie zaufania, identyfikowanie i zaspokajanie potrzeb klientów, a także kształtowanie reputacji kancelarii w przestrzeni publicznej. W dobie cyfryzacji, rosnących oczekiwań klientów i silnej konkurencji, kompetencje komunikacyjne stają się zasobem strategicznym, decydującym o jakości obsługi, lojalności klientów oraz skuteczności biznesowej. Tradycyjny model, w którym prawnik był jedynie „dostawcą” specjalistycznej wiedzy prawnej - autorem umów, pozwów czy pełnomocnictw procesowych ustępuje miejsca relacji partnerskiej, dialogicznej

i nacechowanej empatią. Współczesny adwokat czy radca prawny, szczególnie w roli lidera kancelarii, musi wykazywać się rozwiniętymi kompetencjami interpersonalnymi. Umożliwiają one nie tylko efektywne zarządzanie zespołem i projektami prawnymi, lecz przede wszystkim skuteczną komunikację z klientami na różnych etapach współpracy, przy wykorzystaniu zróżnicowanych kanałów⁴.

W praktyce prawniczej niezwykle istotna jest zdolność szybkiego, klarownego i adekwatnego przekazywania informacji. W dynamicznych sprawach, wymagających natychmiastowej reakcji na nowe okoliczności, bezpośrednia i efektywna komunikacja umożliwia sprawne prowadzenie projektu, unikanie błędów i minimalizowanie strat czasu. Klienci oczekują dziś wysokiej responsywności, a prawnicy, którzy potrafią szybko reagować i jasno informować, budują wizerunek zarówno profesjonalny, jak i ludzki⁵.

Równie ważna jest umiejętność słuchania rozumiana jako aktywny proces odbioru komunikatów i adekwatnego reagowania na nie. Pozwala ona prawnikowi właściwie identyfikować potrzeby klienta, wychwytywać niuanse znaczeniowe oraz dostosowywać strategię komunikacyjną do kontekstu sprawy. W literaturze wyróżnia się dwa główne typy słuchania: powierzchowne i uważne. Pierwsze pozwala szybko wyodrębnić kluczowe informacje, drugie poprzez głęboką analizę treści jawnej i ukrytej zapewnia pełniejsze zrozumienie rozmówcy⁶.

Badacze komunikacji⁷ wyróżniają cztery podstawowe style słuchania: zadaniowy, relacyjny, analityczny oraz krytyczny. Styl zadaniowy ukierunkowany jest na osiągnięcie możliwie szybkiego i efektywnego rezultatu, co w praktyce prawniczej bywa często stosowaną strategią, choć może być odbierane przez rozmówcę jako przejaw ograniczonej empatii. Styl relacyjny opiera się na empatycznym wczuwaniu się w sytuację rozmówcy oraz budowaniu relacji opartej na zaufaniu i zrozumieniu, co w kontekście relacji prawnik-klient sprzyja otwartemu przekazywaniu informacji oraz redukuje barierę komunikacyjną. Styl analityczny charakteryzuje się dążeniem do zebrania pełnego spektrum danych przed sformułowaniem opinii lub rekomendacji. Wymaga on czasu i cierpliwości, lecz pozwala na uzyskanie wielowymiarowego obrazu sprawy, co jest istotne zwłaszcza w skomplikowanych postępowaniach wymagających dogłębnej analizy materiału dowodowego.

Z kolei styl krytyczny opiera się na stałej ocenie wiarygodności i spójności przekazywanych informacji, co w zawodzie prawnika jest postawą pożądaną, szczególnie w kontekście oceny ryzyka prawnego oraz strategii procesowej. Wybór odpowiedniego stylu słuchania powinien być determinowany charakterem danej sprawy oraz celem komunikacji. Kompetentny prawnik potrafi świadomie modyfikować i kontrolować swój sposób odbioru informacji, dostosowując go do specyfiki sytuacji. W praktyce oznacza to uważne milczenie, zadawanie precyzyjnych pytań w celu uzyskania dodatkowych szczegółów, a także stosowanie parafrazy, która pozwala przełożyć wypowiedzi klienta z języka potocznego na język prawniczy w sposób wierny i zrozumiały⁸.

Empatia w relacji prawnik-klient jako narzędzie strategiczne

Współczesny model relacji prawnik-klient odchodzi od jednostronnej transmisji wiedzy na rzecz podejścia zorientowanego na klienta. Coraz większe znaczenie zyskuje czynnik ludzki, w tym empatia z umiejętności dodatkowej przekształcająca się w kluczową kompetencję⁹. Rozumiana jako zdolność rozpoznawania, rozumienia i współodczuwania stanów emocjonalnych innych osób¹⁰, empatia umożliwia budowanie dobrostanu zarówno w zespole prawniczym, jak i w relacjach z klientami¹¹.



Empatia w kontekście prawniczym nie sprowadza się do emocjonalnego współodczuwania, lecz obejmuje zdolność rozpoznawania i rozumienia kontekstu emocjonalnego klienta, uwzględniania jego indywidualnych potrzeb oraz komunikowania autentycznej troski. Badania pokazują, że w zdecydowanej większości przypadków klienci korzystają z usług prawnych w sytuacjach kryzysowych lub wysokiego stresu takich jak rozwód, spór gospodarczy, postępowanie karne czy dochodzenie roszczeń odszkodowawczych. W takich warunkach sama biegłość prawnicza może okazać się niewystarczająca do budowania trwałej relacji opartej na zaufaniu.

Prawniki działający z empatią przyjmują postawę aktywnego słuchacza: uważnie wysłuchują historii klienta, redukuje barierę komunikacyjną poprzez tłumaczenie złożonych terminów prawniczych na język zrozumiały, a także udziela jasnych, spersonalizowanych odpowiedzi. Taka postawa przekłada się nie tylko na wyższą satysfakcję klienta, ale również na jego długofalową lojalność, co w perspektywie strategicznej ma bezpośredni wpływ na rozwój i stabilność kancelarii. Zastosowanie empatii w zawodzie prawniczym może pełnić funkcję mediatora pomiędzy technicznym aspektem świadczenia usług a oczekiwaniami emocjonalnymi klienta. Sprzyja to tworzeniu atmosfery współpracy i poczucia bezpieczeństwa, co z kolei zwiększa skłonność klienta do otwartego przekazywania informacji niezbędnych do skutecznego prowadzenia sprawy. Ponadto, empatyczne podejście pozwala prawnikowi trafnie ocenić ryzyko, lepiej przewidzieć reakcje klienta na poszczególne etapy postępowania oraz skuteczniej zarządzać jego oczekiwaniami.

W kontekście etyki zawodowej empatia stanowi również element wzmacniający zaufanie publiczne do

1. Warte podkreślenia jest to, iż słowo komunikacja nie pojawia się w Słowniku Języka Polskiego, M. Samuel Bogumił Linde, Tom II, Lwów 1855, natomiast słowo to według Praktycznego Słownika Współczesnej Polszczyzny oznacza: „wzajemne porozumienie, przekaz myśli, udzielanie wiadomości”.
2. L. Fuller, Moralność prawa, Państwowy Instytut Wydawniczy, Warszawa 1978, s. 246.
3. M. Nowak, Jak budować relacje komunikacją, Dyrektor Szkoły, Warszawa 2021, nr 1, s. 25-28.

4. <https://www.wolterskluwer.com/pl-pl/expert-insights/kanaly-komunikacji-prawnika-z-klientem>, [dostęp: 07.08.2025].
5. Ibidem.
6. J. Jabłońska-Bonca, K. Zeidler, 8. Warunki realizacji zasad retoryki [w:] J. Jabłońska-Bonca, K. Zeidler, Prawnik a sztuka retoryki i negocjacji, Warszawa 2023, Lex/el.

7. Graham D. Bodie, Debra L. Worthington i Christopher C. Gearhart.
8. Ibidem.
9. <https://insightssuccessmagazine.com/humanizing-law-how-empathy-and-trust-redefine-client-relationships/> [dostęp: 10.08.2025].

10. A. Kościółek, 1.2. Predyspozycje osobowościowe mediatora [w:] Zarys metodyki pracy mediatora w sprawach cywilnych, red. A. M. Arkuszewska, J. Plis, Warszawa 2014, Lex/el.
11. https://www.americanbar.org/groups/young_lawyers/resources/after-the-bar/professional-development/what-is-empathy-why-does-it-matter/?utm_source=chatgpt.com, [dostęp: 10.08.2025].

zawodu prawnika. Jej brak może prowadzić do postzegania usług prawniczych jako odhumanizowanych i sprowadzonych wyłącznie do transakcyjnej wymiany wiedzy na wynagrodzenie. Natomiast jej obecność wspiera tworzenie relacji partnerskich, w których klient jest traktowany nie jako podmiot sprawy, lecz jako osoba wymagająca kompleksowej opieki prawnej i wsparcia psychologicznego¹².

Okazywanie empatii w relacji prawnik–klient przynosi wymierne korzyści zarówno na płaszczyźnie emocjonalnej, jak i merytorycznej. Klienci, którzy doświadczają autentycznego zrozumienia oraz dostrzegają szczerze zaangażowanie prawnika w poszukiwanie skutecznych rozwiązań swoich problemów, wykazują niższy poziom lęku oraz większe poczucie bezpieczeństwa w toku postępowania. Postawa oparta na empatii sprzyja podejmowaniu decyzji uwzględniających realne potrzeby klienta, co przekłada się na strategię działania lepiej dostosowane do jego sytuacji i oczekiwań. Empatia pełni także istotną funkcję w doskonaleniu jakości komunikacji. Klient, który ma poczucie, że jego perspektywa jest właściwie rozumiana, jest skłonny ujawniać pełniejsze informacje – w tym także te trudne lub wstydlive – mogące mieć znaczenie dla rozstrzygnięcia sprawy. Zastosowanie technik takich jak aktywne słuchanie nie tylko wzmacnia zaufanie, ale również otwiera kanały komunikacji, co sprzyja uzyskaniu bardziej kompletnych i wiarygodnych danych. Redukcja napięcia emocjonalnego zwiększa precyzję przekazu, minimalizuje ryzyko powstawania postaw defensywnych lub wrogich wobec prawnika, a tym samym usprawnia przebieg współpracy.

Kolejną konsekwencją empatycznej postawy jest wzbogacenie procesu analizy prawnej. Wnikliwe zrozumienie sytuacji klienta umożliwia uwzględnienie w argumentacji czynników pozaprawnych – psychologicznych, społecznych czy kulturowych – które mogą istotnie wpływać na przebieg postępowania i jego ostateczny wynik. Jak zauważa Lynne Henderson, empatia wspiera zarówno proces formułowania wniosków, jak i ich uzasadniania, dostarczając perspektywy niedostępnej w przypadku argumentacji czysto formalnej, oderwanej od kontekstu emocjonalnego. W wymiarze społecznym empatia może przyczynić się do poprawy wizerunku zawodu prawniczego. W kulturach, w których prawnicy bywają postrzegani jako osoby chłodne i skoncentrowane wyłącznie na interesie

prawnym, autentyczne zainteresowanie dobrem klienta sprzyja budowaniu obrazu profesji jako bardziej otwartej, wiarygodnej i ludzkiej. Empatia odpowiada tym samym na realne oczekiwania klientów, którzy – choć nie oczekują od prawnika relacji osobistej – pragną zrozumienia, wsparcia oraz poczucia bezpieczeństwa w sytuacjach kryzysowych. Zaspokojenie tych potrzeb wzmacnia więź z klientem, zwiększa jego lojalność i skłonność do rekomendacji¹³.



Praktycznym narzędziem rozwijającym empatyczną komunikację jest stworzony przez Marshalla B. Rosenberga model Porozumienia bez Przemocy (Nonviolent Communication, NVC)¹⁴. Rdzeniem tej metody jest uważność na cztery elementy: obserwację, uczucia, potrzeby oraz prośby. W pierwszym kroku Rosenberg zaleca rozpoczęcie komunikacji od neutralnej obserwacji, wolnej od ocen i interpretacji, co zapobiega eskalacji napięcia. Kolejnym etapem jest wyrażanie uczuć – bez ich tłumienia, lecz także bez przypisywania odpowiedzialności za nie rozmówcy. Trzeci krok polega na rozpoznaniu i artykulacji potrzeb, które stoją u podstaw emocji, a czwarty – na formułowaniu prośb zamiast żądań, co pozostawia przestrzeń dla autonomii rozmówcy i sprzyja współpracy. W pracy prawnika NVC może być stosowane zarówno w kontaktach z klientami, jak i w negocjacjach, mediacjach czy przesłuchaniach. Szczególnie istotne jest tu empatyczne słuchanie – pełna obecność w rozmowie, bez przerywania, doradzania czy oceniania. Umiejętność ta pozwala lepiej zrozumieć stanowisko drugiej strony, zwiększa efektywność negocjacji i poprawia interpretację zeznań świadków lub wypowiedzi przeciwników procesowych. Co ważne, empatia w ujęciu Rosenberga nie jest postawą naiwną, lecz świadomą strategią

komunikacyjną o dużym potencjale deeskalacyjnym, sprawdzoną w warunkach skrajnych, m.in. podczas konfliktów zbrojnych czy interwencji społecznych. Jeśli potrafiła przynieść efekty w sytuacjach o najwyższym stopniu napięcia, tym bardziej może okazać się skuteczna w pracy prawniczej, gdzie konflikt jest zjawiskiem codziennym, a porozumienie – celem nadrzędnym¹⁵.

Włączenie empatii do codziennej praktyki prawniczej pozwala budować relacje oparte na zaufaniu, usprawnia przepływ informacji oraz zwiększa skuteczność rozwiązywania sporów. Jest to nie tylko narzędzie „łagodzenia” relacji, lecz również strategia komunikacyjna, która przynosi mierzalne efekty i wzmacnia etyczny wymiar zawodu. Brak świadomości zależności pomiędzy stylem komunikacji a jakością relacji na linii prawnik–klient może natomiast stanowić istotne ryzyko, negatywnie wpływając na wizerunek zarówno samego prawnika, jak i reprezentowanej przez niego kancelarii¹⁶.

Skuteczna komunikacja prawnika z klientem nie jest dziś funkcją pomocniczą wobec meritum sprawy, stanowi jeden z filarów jakości usług prawnych i przewagi konkurencyjnej na rynku. Klarowność przekazu, responsywność, strategiczna spójność i empatia budują nowy model profesjonalizmu w zawodzie prawnika. Empatia podobnie jak w pracy mediatora nie jest cechą fakultatywną, lecz strategicznym zasobem. Odpowiednio wyważona, zwiększa efektywność komunikacji, poprawia trafność analiz i wspiera korzystne rozstrzygnięcia. Warunkiem jej pełnego wykorzystania jest jednak umiejętność samoregulacji emocjonalnej, pozwalająca zachować obiektywizm i profesjonalizm. Prawnika, który łączy biegłość merytoryczną z empatyczną komunikacją, staje się nie tylko skutecznym doradcą prawnym, ale także partnerem, któremu klienci chcą powierzać swoje najtrudniejsze sprawy. W świecie rosnących oczekiwań i złożonych sporów to właśnie umiejętność łączenia prawa z człowieczeństwem staje się największą przewagą konkurencyjną.

Streszczenie

Empatyczna komunikacja stanowi strategiczny zasób w pracy prawnika, integrując wiedzę merytoryczną z umiejętnościami interpersonalnymi. Klarowny przekaz, aktywne słuchanie i zdolność rozumienia kontekstu emocjonalnego klienta sprzyjają budowaniu zaufania, redukcji barier komunikacyjnych i trafniejszej ocenie ryzyka. Empatia zwiększa lojalność klientów, wzmacnia etyczny wymiar zawodu i poprawia efektywność rozwiązywania sporów. Model Porozumienia bez Przemocy (NVC) wspiera rozwój tych kompetencji, umożliwiając skuteczniejsze negocjacje, mediacje i współpracę procesową.

Słowa kluczowe: empatyczna komunikacja, narzędzie pracy prawnika, porozumienie bez przemocy, przewaga konkurencyjna.

Abstract

Empathetic communication is a strategic asset in legal practice, integrating substantive expertise with interpersonal skills. Clear messaging, active listening, and the ability to grasp a client's emotional context foster trust, reduce communication barriers, and enhance risk assessment. Empathy strengthens client loyalty, reinforces the ethical dimension of the profession, and improves dispute resolution effectiveness. The Nonviolent Communication (NVC) model supports these competencies, enabling more effective negotiations, mediations, and procedural cooperation.

Keywords: empathetic communication, lawyer's work tool, nonviolent communication, competitive advantage.



O autorce: Małgorzata Agnieszka Knop – absolwentka kierunków Marketing i Zarządzanie oraz Prawo na Uniwersytecie Zielonogórskim, a także programu prawa polskiego i niemieckiego na Uniwersytecie Europejskim Viadrina, gdzie uzyskała tytuł Bachelor of Laws (LL.B.). Entuzjastka koncepcji Porozumienia bez Przemocy (Nonviolent Communication) autorstwa Marshalla Rosenberga, którą postrzega jako istotny element skutecznej i empatycznej komunikacji prawniczej.

12. <https://insightssuccessmagazine.com/humanizing-law-how-empathy-and-trust-redefine-client-relationships>, [dostęp: 10.08.2025]

13. K. B. Gerdy, The Heart of Lawyering: Clients, Empathy, and Compassion, s. 192-194. https://web.law.duke.edu/sites/default/files/clinics/healthjusticegerdy_the_heart_of_lawyering_clients_empathy_and_compassion.pdf, [dostęp: 11.08.2025].

14. Marshalla B. Rosenberga, psycholog i mediator, opracował metodę opartą na empatii i głębokim słuchaniu, której celem jest budowanie porozumienia nawet w najbardziej wymagających sytuacjach. Jego koncepcja nie sprowadza się do technik komunikacyjnych to filozofia relacji, zakładająca, że każda ludzka wypowiedź jest próbą zaspokojenia jakiejś potrzeby. Empatia, według Rosenberga, nie jest „miękką” kompetencją, lecz jednym z najmocniejszych narzędzi zmiany relacji międzyludzkich, w tym również tych o charakterze zawodowym i prawnym.

15. M. B. Rosenberg, Porozumienie bez Przemocy, Warszawa 2020, s. 18-22, 45-51, 58-65, 93-110, 121-134, 145-158, 204-213.

16. M. Nowak, op.cit., s. 25-28.

Kann juristische Empathie einen Wettbewerbsvorteil darstellen?

Can Empathy in the Legal Profession Constitute a Competitive Advantage?

Kommunikation¹ spielt eine Schlüsselrolle im täglichen Funktionieren eines Menschen, unabhängig von den Längen- und Breitengraden, in denen er lebt oder sich aufhält. Ihr ist es zu verdanken, dass es möglich ist, Wahrnehmungen, Emotionen, Wünsche und Bedürfnisse mit Hilfe von richtig formulierten Inhalten zu vermitteln. Es hat eine Reihe wichtiger Funktionen: Sie vermittelt Informationen, inspiriert zum Handeln, ermöglicht, Emotionen auszudrücken, Bindungen aufzubauen und Unterstützung zu bieten². Es ist erwähnenswert, dass Kommunikation eine Reihe wichtiger Funktionen hat, darunter die Vermittlung von Informationen, die Inspiration zum Handeln, das Ausdrücken von Emotionen sowie der Aufbau von Bindungen und die Unterstützung³.

In der juristischen Gemeinschaft nimmt die Kommunikation einen besonderen Stellenwert ein. Eine wirksame Botschaft ist nicht nur ein Werkzeug für die Arbeit, sondern die Grundlage der beruflichen Praxis. Es handelt sich um einen mehrdimensionalen Prozess, bei dem es um den Aufbau von Vertrauen, das Erkennen und Erfüllen der Bedürfnisse der Mandanten sowie die Gestaltung der Reputation der Kanzlei im öffentlichen Raum geht. Im Zeitalter der Digitalisierung, wachsender Kundenerwartungen und eines starken Wettbewerbs werden Kommunikationskompetenzen zu einer strategischen Ressource, die über Servicequalität, Kundenbindung und Geschäftseffektivität entscheidet. Das traditionelle Modell, in dem der Rechtsanwalt nur ein "Anbieter" von juristischem Fachwissen war - der Verfasser von Verträgen, Klagen oder Rechtsvertreter - weicht einer partnerschaftlichen, dialogischen und empathischen Beziehung. Ein moderner Rechtsanwalt oder Rechtsberater, insbesondere als Führungskraft einer Kanzlei muss entwickelte zwischenmenschliche Kompetenzen nachweisen. Sie ermöglichen nicht nur ein effektives Management des Teams und der Rechtsprojekte, sondern vor allem eine effektive Kommunikation mit den Mandanten in verschiedenen Phasen der Zusammenarbeit über verschiedene Kanäle⁴.



In der Rechtspraxis ist die Fähigkeit, schnell, klar und adäquat Informationen bereitzustellen zu können, von großer Bedeutung. In dynamischen Fällen, die eine sofortige Reaktion auf neue Gegebenheiten erfordern, ermöglicht eine direkte und effektive Kommunikation ein effizientes Projektmanagement, vermeidet Fehler und minimiert Zeitverschwendung. Mandanten erwarten heute eine hohe Reaktionsfähigkeit, und Anwälte, die schnell reagieren und klar kommunizieren können, bauen sowohl ein professionelles als auch ein menschliches Image auf⁵.

Ebenso wichtig ist die Fähigkeit des Zuhörens, verstanden als ein aktiver Prozess der Aufnahme von Botschaften und der angemessenen Reaktion darauf. Es ermöglicht dem Anwalt, die Bedürfnisse des Mandanten richtig zu erkennen, die Bedeutungsnuancen zu erfassen und die Kommunikationsstrategie an den Kontext des Falles anzupassen. In der Fachliteratur werden zwei Haupttypen des Zuhörens unterschieden: oberflächliches und aufmerksames Zuhören. Ersteres ermöglicht eine schnelle Erfassung zentraler Informationen, während Letzteres durch die tiefgehende Analyse expliziter und impliziter Inhalte ein umfassenderes Verständnis des Gesprächspartners gewährleistet⁶.



Kommunikationsforscher⁷ unterscheiden vier grundlegende Zuhörstile: aufgabenbasiert, beziehungsbezogen, analytisch und kritisch. Der aufgabenbasierte Stil zielt darauf ab, das schnellste und effektivste Ergebnis zu erzielen, was eine häufig verwendete Strategie in der Rechtspraxis ist, obwohl sie vom Gesprächspartner als Manifestation begrenzter Empathie wahrgenommen werden kann. Der relationale Kommunikationsstil beruht auf einfühlsamem Eingehen auf die Situation des Gesprächspartners sowie auf dem Aufbau einer Beziehung, die von Vertrauen und Verständnis geprägt ist. Im Kontext der Beziehung zwischen Anwalt und Mandant fördert dies die offene Weitergabe von Informationen und trägt zur Reduzierung kommunikativer Barrieren bei. Der analytische Stil zeichnet sich durch den Wunsch aus, das gesamte Spektrum der Daten zu sammeln, bevor eine Meinung oder Empfehlung formuliert wird. Es erfordert Zeit und Geduld, ermöglicht es aber, ein mehrdimensionales Bild des Falles zu erhalten, was besonders in komplexen Verfahren wichtig ist, die eine eingehende Analyse der Beweise erfordern.

Auf der anderen Seite basiert der kritische Stil auf einer ständigen Bewertung der Glaubwürdigkeit und Konsistenz der bereitgestellten Informationen, was in dem Beruf eines Anwalts eine wünschenswerte Haltung ist, insbesondere im Zusammenhang mit der rechtlichen Risikobewertung und der Prozessstrategie. Die Auswahl eines geeigneten Zuhörstils sollte von der Art des Falles und dem Zweck der Kommunikation bestimmt werden. Ein kompetenter Anwalt ist in der Lage, seine Art der Informationsbeschaffung bewusst zu modifizieren und zu kontrollieren und sie an die Besonderheiten der Situation anzupassen. In der Praxis bedeutet dies achtsames Schweigen und das Stellen präziser Fragen, um zusätzliche Details

zu erhalten und die Aussagen des Mandanten durch Paraphrasen getreu und verständlich aus der Alltagssprache in die Rechtssprache zu übersetzen⁸.

Empathie in der Anwalt-Mandanten-Beziehung als strategisches Instrument

Das moderne Modell des Anwalt-Mandanten-Verhältnisses bewegt sich weg von einseitigem Wissenstransfer hin zu einem mandantenzentrierten Ansatz. Der Faktor Mensch wird immer wichtiger, einschließlich der Empathie durch eine zusätzliche Fähigkeit, die sich in eine Schlüsselkompetenz verwandelt⁹. Empathie wird als die Fähigkeit verstanden, die emotionalen Zustände anderer zu erkennen, zu verstehen und sich in sie einzufühlen¹⁰, und ermöglicht es, Wohlbefinden sowohl im Rechtsanwalts- als auch in den Beziehungen zu den Mandanten aufzubauen¹¹.

Bei Empathie geht es im rechtlichen Kontext nicht um emotionales Mitgefühl, sondern um die Fähigkeit, den emotionalen Kontext des Mandanten zu erkennen und zu verstehen, seine individuellen Bedürfnisse zu berücksichtigen und echte Besorgnis zu vermitteln. Untersuchungen zeigen, dass Mandanten in den allermeisten Fällen Rechtsdienstleistungen in Krisen- oder Stresssituationen in Anspruch nehmen, wie z. B. bei Scheidungen, Wirtschaftsstreitigkeiten, Strafverfahren oder der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen. Unter solchen Bedingungen reicht juristische Kompetenz allein möglicherweise nicht aus, um eine dauerhafte, auf Vertrauen basierende Beziehung aufzubauen.

Ein empathischer Anwalt nimmt eine aktive Zuhörerhaltung ein: Er hört sich die Geschichte des Mandanten genau an, reduziert die Kommunikationsbarriere, indem er komplexe juristische Begriffe in verständliche Sprache übersetzt, und gibt klare, personalisierte Antworten. Eine solche Haltung führt nicht nur zu einer höheren Zufriedenheit der Mandanten, sondern auch zu einer langfristigen Loyalität, die sich aus strategischer Sicht direkt auf die Entwicklung und Stabilität der Kanzlei auswirkt. Der Einsatz von Empathie im juristischen Beruf kann als Vermittler zwischen dem technischen Aspekt der Leistungserbringung und den emotionalen Erwartungen des Mandanten wirken. Dies trägt dazu bei, eine Atmosphäre der Zusammenarbeit und

1. Es ist erwähnenswert, dass das Wort Kommunikation im Wörterbuch der polnischen Sprache, M. Samuel Bogumił Linde, Bd. II, Lwów 1855, nicht vorkommt, aber nach dem Praktischen Wörterbuch des zeitgenössischen Polnisch bedeutet dieses Wort: "gegenseitiges Verständnis, Weitergabe von Gedanken, Weitergabe von Informationen".
2. L. Fuller, Die Moral des Rechts, Nationales Verlagsinstitut, Warschau 1978, S. 246.

3. M. Nowak, Jak budować relacje komunikacją, Dyrektor Szkoły, Warszawa 2021, nr 1, s. 25-28.
4. <https://www.wolterskluwer.com/pl-pl/expert-insights/kanal-komunikacji-prawnika-z-klientem>, [dostęp: 07.08.2025].
5. Ibidem.
6. J. Jabłońska-Bonca, K. Zeidler, 8. Warunki realizacji zasad retoryki [w:] J. Jabłońska-Bonca, K. Zeidler, Prawnik a sztuka retoryki i negocjacji, Warszawa 2023, Lex/el.

7. Graham D. Bodie, Debra L. Worthington und Christopher C. Gearhart.
8. Ibidem.
9. <https://insightsuccessmagazine.com/humanizing-law-how-empathy-and-trust-redefine-client-relationships/> [Zugriff: 10.08.2025].

10. A. Kostełek, 1.2. Prädyspositionen der Persönlichkeit des Mediators [in:] Zarys metodyki pracy mediatora w sprawach cywilnych, Hrsg. A. M. Arkuszewska, J. Plis, Warszawa 2014, Lex/el.
11. https://www.americanbar.org/groups/young_lawyers/resources/after-the-bar/professional-development/what-is-empathy-why-does-it-matter/?utm_source=chatgpt.com, [dostęp: 10.08.2025].

des Sicherheitsgefühls zu schaffen, was wiederum die Bereitschaft des Mandanten erhöht, die für die effektive Führung des Falles erforderlichen Informationen offen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus ermöglicht ein empathischer Ansatz dem Anwalt, Risiken genauer einzuschätzen, die Reaktionen des Mandanten auf einzelne Phasen des Verfahrens besser vorherzusagen und seine Erwartungen effektiver zu steuern.

Im Kontext der Berufsethik stellt Empathie auch einen Faktor dar, der das öffentliche Vertrauen in den Anwaltsberuf stärkt. Ihr Fehlen kann dazu führen, dass juristische Dienstleistungen als entmenslicht wahrgenommen und nur auf den transaktionalen Austausch von Wissen gegen Vergütung reduziert werden. Auf der anderen Seite unterstützt ihre Präsenz den Aufbau von Partnerschaftsbeziehungen, in denen der Mandant nicht als Subjekt des Falles, sondern als eine Person behandelt wird, die einer umfassenden rechtlichen Betreuung und psychologischen Unterstützung bedarf¹².

Empathie in der Beziehung zwischen Anwalt und Mandant bringt messbare Vorteile sowohl auf emotionaler als auch auf inhaltlicher Ebene. Mandanten, die echtes Verständnis erfahren und das aufrichtige Engagement des Anwalts für die Suche nach effektiven Lösungen für ihre Probleme sehen, zeigen im Laufe des Verfahrens ein geringeres Maß an Angst und ein größeres Gefühl der Sicherheit. Eine auf Empathie basierende Haltung fördert Entscheidungsprozesse, die die tatsächlichen Bedürfnisse des Mandanten berücksichtigen und zu Handlungsstrategien führen, die besser auf seine Situation und Erwartungen abgestimmt sind. Empathie spielt auch eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Kommunikationsqualität. Ein Kunde, der das Gefühl hat, dass seine Sichtweise richtig verstanden wird, ist bereit, vollständige Informationen – einschließlich schwieriger oder peinlicher Informationen – preiszugeben, die für die Lösung des Falles relevant sein können. Der Einsatz von Techniken wie aktivem Zuhören stärkt nicht nur das Vertrauen, sondern öffnet auch Kommunikationskanäle, was die Gewinnung vollständigerer und verlässlicherer Informationen begünstigt. Der Abbau emotionaler Spannungen erhöht die Präzision der Botschaft, minimiert das Risiko einer defensiven oder feindseligen Haltung gegenüber dem Anwalt und verbessert so den Verlauf der Zusammenarbeit.



Eine weitere Konsequenz einer empathischen Haltung ist die Bereicherung des rechtlichen Analyseprozesses. Ein gründliches Verständnis der Situation des Mandanten ermöglicht es, nichtrechtliche Faktoren – psychologische, soziale oder kulturelle – zu berücksichtigen, die den Verlauf des Verfahrens und sein Endergebnis erheblich beeinflussen können. Wie Lynne Henderson feststellt, unterstützt Empathie sowohl den Prozess der Formulierung von Schlussfolgerungen als auch deren Rechtfertigung und bietet eine Perspektive, die im Falle einer rein formalen, vom emotionalen Kontext losgelösten Argumentation nicht verfügbar ist. In der sozialen Dimension kann Empathie dazu beitragen, das Image des Anwaltsberufs zu verbessern. In Kulturen, in denen Anwälte tendenziell als kalt und ausschließlich auf rechtliche Interessen fokussiert angesehen werden, ist ein echtes Interesse am Wohlergehen des Mandanten förderlich, um ein Image des Berufsstandes als offener, glaubwürdiger und menschlicher aufzubauen. Empathie entspricht damit den realen Erwartungen von Mandanten, die zwar keine persönliche Beziehung von einem Anwalt erwarten, sich aber Verständnis, Unterstützung und ein Gefühl der Sicherheit in Krisensituationen wünschen. Die Erfüllung dieser Bedürfnisse stärkt die Bindung zum Kunden, erhöht seine Loyalität und Weiterempfehlungsbereitschaft¹³.

12. <https://insightssuccessmagazine.com/humanizing-law-how-empathy-and-trust-redefine-client-relationships/>, [dostęp: 10.08.2025]

13. K. B. Gerdy, The Heart of Lawyering: Clients, Empathy, and Compassion, s. 192-194. https://web.law.duke.edu/sites/default/files/clinics/healthjusticegerdy_the_heart_of_lawyering_clients_empathy_and_compassion.pdf, [dostęp: 11.08.2025].



Ein praktisches Werkzeug zur Entwicklung empathischer Kommunikation ist das Modell der Gewaltfreien Kommunikation (Nonviolent Communication, NVC), das von Marshall B. Rosenberg entwickelt wurde¹⁴. Der Kern dieser Methode liegt in der Achtung gegenüber vier Elementen: Beobachtungen, Gefühlen, Bedürfnissen und Bitten. Als ersten Schritt empfiehlt Rosenberg, die Kommunikation mit neutraler Beobachtung zu beginnen, frei von Urteilen und Interpretationen, um eine Eskalation der Spannungen zu verhindern. Der nächste Schritt besteht darin, Gefühle auszudrücken – ohne sie zu unterdrücken, aber auch, ohne dem Gesprächspartner die Verantwortung dafür zu übertragen. Der dritte Schritt besteht darin, die Bedürfnisse zu erkennen und zu artikulieren, die den Emotionen zugrunde liegen, und der vierte besteht darin, Anfragen anstelle von Forderungen zu formulieren, was Raum für die Autonomie des Gesprächspartners lässt und die Zusammenarbeit fördert. In der Arbeit eines Anwalts kann die GFK sowohl im Kontakt mit Mandanten als auch in Verhandlungen, Mediationen oder Verhören eingesetzt werden. Empathisches Zuhören ist hier besonders wichtig – volle Präsenz im Gespräch, ohne zu unterbrechen, zu beraten oder zu urteilen. Diese Fähigkeit ermöglicht es Ihnen, die Position der anderen Partei besser zu verstehen, die Effektivität von Verhandlungen zu erhöhen und die Interpretation von Zeugenaussagen oder Aussagen

von Gegnern zu verbessern. Wichtig ist, dass Empathie für Rosenberg keine naive Haltung ist, sondern eine bewusste Kommunikationsstrategie mit hohem Deeskalationspotenzial, die sich unter extremen Bedingungen, u.a. bei bewaffneten Konflikten oder sozialen Interventionen bewährt hat. Wenn sie in der Lage war, in Situationen mit einem Höchstmaß an Spannungen Ergebnisse zu erzielen, kann sie umso effektiver in der juristischen Arbeit sein, in der Konflikte ein alltägliches Phänomen sind und Einigung das übergeordnete Ziel ist¹⁵.

Die Einbeziehung von Empathie in den Rechtsalltag ermöglicht es, vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen, den Informationsfluss zu verbessern und die Effektivität der Streitbeilegung zu erhöhen. Es ist nicht nur ein Instrument zur "Aufweichung" von Beziehungen, sondern auch eine Kommunikationsstrategie, die messbare Effekte bringt und die ethische Dimension des Berufs stärkt. Mangelndes Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen dem Kommunikationsstil und der Qualität der Beziehung zwischen dem Anwalt und dem Mandanten kann ein erhebliches Risiko darstellen, das sich negativ auf das Image sowohl des Anwalts selbst als auch der von ihm vertretenen Anwaltskanzlei auswirkt¹⁶.

Die effektive Kommunikation zwischen einem Anwalt und einem Mandanten ist heute keine Hilfs-

14. Marshall B. Rosenberg, Psychologe und Mediator, hat eine Methode entwickelt, die auf Empathie und tiefem Zuhören basiert und darauf abzielt, auch in den schwierigsten Situationen Verständnis aufzubauen. Sein Konzept reduziert sich nicht auf Kommunikationstechniken, es ist eine Beziehungsphilosophie, die davon ausgeht, dass jeder menschliche Ausdruck ein Versuch ist, ein Bedürfnis zu befriedigen. Empathie, so Rosenberg, sei keine "weiche" Kom-

petenz, sondern eines der mächtigsten Werkzeuge, um zwischenmenschliche Beziehungen zu verändern, auch beruflicher und rechtlicher Natur.

15. M. B. Rosenberg, Porozumienie bez Przemocy, Warszawa 2020, s. 18-22, 45-51, 58-65, 93-110, 121-134, 145-158, 204-213.

16. M. Nowak, op.cit., s. 25-28.

funktion zu den Vorzügen des Falles, sondern eine der Säulen der Qualität der Rechtsdienstleistungen und des Wettbewerbsvorteils auf dem Markt. Klarheit der Botschaft, Reaktionsfähigkeit, strategische Kohärenz und Empathie bilden ein neues Modell der Professionalität in dem Beruf eines Juristen. Empathie ist, wie in der Arbeit eines Mediators, kein optionales Merkmal, sondern eine strategische Ressource. Richtig ausbalanciert, erhöht es die Effektivität der Kommunikation, verbessert die Genauigkeit von Analysen und unterstützt günstige Lösungen.

Voraussetzung für ihre vollständige Ausschöpfung ist jedoch die Fähigkeit zur emotionalen Selbstregulation, die es ermöglicht, Objektivität und Professionalität zu wahren. Ein Anwalt, der inhaltliche Kompetenz mit einfühlsamer Kommunikation verbindet, wird nicht nur zu einem effektiven Rechtsberater, sondern auch zu einem Partner, dem Mandanten ihre schwierigsten Fälle anvertrauen möchten. In einer Welt wachsender Erwartungen und komplexer Streitigkeiten ist es die Fähigkeit, Recht mit Menschlichkeit zu verbinden, die zum größten Wettbewerbsvorteil wird.

Zusammenfassung:

Empathische Kommunikation stellt eine strategische Ressource in der juristischen Praxis dar, indem sie fachliches Wissen mit zwischenmenschlichen Kompetenzen verbindet. Eine klare Ausdrucksweise, aktives Zuhören und die Fähigkeit, den emotionalen Kontext des Mandanten zu erfassen, fördern den Vertrauensaufbau, den Abbau kommunikativer Barrieren und eine präzisere Risikoeinschätzung. Empathie stärkt die Mandantenbindung, vertieft die ethische Dimension des Berufs und verbessert die Effizienz bei der Konfliktlösung. Das Modell der Gewaltfreien Kommunikation (GFK) unterstützt die Entwicklung dieser Kompetenzen und ermöglicht effektivere Verhandlungen, Mediationen und prozessuale Zusammenarbeit.

Schlüsselwörter: Empathische Kommunikation, Arbeitsinstrument des Juristen, Gewaltfreie Kommunikation (GFK), Wettbewerbsvorteil.

Abstract:

Empathetic communication is a strategic asset in legal practice, integrating substantive expertise with interpersonal skills. Clear messaging, active listening, and the ability to grasp a client's emotional context foster trust, reduce communication barriers, and enhance risk assessment. Empathy strengthens client loyalty, reinforces the ethical dimension of the profession, and improves dispute resolution effectiveness. The Nonviolent Communication (NVC) model supports these competencies, enabling more effective negotiations, mediations, and procedural cooperation.

Keywords: empathetic communication, lawyer's work tool, nonviolent communication, competitive advantage.



O autorce: Małgorzata Agnieszka Knop – Absolwentin des Studiums des Marketings und des Managements und des Rechts an der Universität Zielona Góra sowie des Studiengangs polnisches und deutsches Recht an der Europa-Universität Viadrina, wo sie den Titel Bachelor of Laws (LL.B.) erwarb. Sie ist begeistert von dem Konzept der gewaltfreien Kommunikation von Marshall Rosenberg, das sie als wichtiges Element einer effektiven und empathischen Rechtskommunikation ansieht.

✉ Paweł Kuczma

Glosa do wyroku Wojewódzkiego Sądu Administracyjnego w Warszawie z dnia 21 września 2022 r., sygn. II SAB/Wa 10/22 (przewlekłe prowadzenie postępowania przez Prezydenta RP w przedmiocie nadania tytułu profesora)

Glossary to the Decision of the Provincial Administrative Court in Warsaw of September 21, 2022, file ref. no. II SAB/Wa 10/22 (protracted conduct of the proceedings by the President of the Republic of Poland regarding the award of the title of profesor)

1. Stan faktyczny

Wnioskiem, który wpłynął w styczniu 2019 r., Centralna Komisja do Spraw Stopni i Tytułów¹ (obecnie: Rada Doskonałości Naukowej) zwróciła się do Prezydenta RP o nadanie skarżącemu tytułu naukowego profesora nauk społecznych.

W toku postępowania Prezydent RP wystąpił do Centralnej Komisji pismem z lutego 2019 r. o przesłanie pełnej dokumentacji postępowania w sprawie wniosku dotyczącego skarżącego. W odpowiedzi Centralna Komisja, przesłała opinię superrecenzenta jako dodatkową dokumentację postępowania. Następnie Prezydent pismem z maja 2019 r. ponownie wystąpił do Centralnej Komisji o przesłanie recenzji wykorzystanych w postępowaniu dotyczącym wniosku o nadanie skarżącemu tytułu profesora, co uczyniono przy piśmie z maja 2019 r. Z kolei pismem z lipca 2019 r. Prezydent wystąpił o przekazanie informacji dotyczącej doboru recenzentów, na co odpowiedziała Centralna Komisja pismem z lipca 2019 r.

Strona pismem z października 2019 r. wystąpiła do Prezydenta RP o przekazanie mu informacji o stanie sprawy. W odpowiedzi, pismem z października 2019 r., poinformowano stronę, że wniosek o nadanie tytułu profesora jest w toku procedowania.

Pismem z października 2021 r. strona wniosła do organu ponaglenie, w trybie art. 37 § 1 pkt 2 ustawy z dnia 14 czerwca 1960 r. - Kodeks postępowania administracyjnego (Dz.U. z 2021 r. poz. 735) w związku z zaistnieniem stanu bezczynności i przewlekłego prowadzenia postępowania, w przedmiocie nadania tytułu naukowego profesora. Organ nie udzielił odpowiedzi na ww. ponaglenie.

Pismem z grudnia 2021 r. skarżący złożył skargę do Wojewódzkiego Sądu Administracyjnego w Warsza-



wie na przewlekłe prowadzenie postępowania przez Prezydenta RP, przejawiające się w podejmowaniu czynności zbędnych oraz niezmiernych do rozwiązania postępowania w przedmiocie nadania tytułu profesora skarżącemu oraz w nieuprawnionym zaniechaniu nadania skarżącemu tytułu profesora.

2. Problemy prawne

Sąd administracyjny musiał w sprawie rozstrzygnąć dwie kwestie. Kluczowym problemem było ustalenie czy sprawa podlega załatwieniu przez organ (w tym wypadku Prezydenta RP) w drodze aktu lub czynności z zakresu administracji publicznej. Innymi słowy istota sporu sprowadzała się w pierwszej kolejności do rozważenia czy Prezydent RP, podejmując rozstrzygnięcie w indywidualnej sprawie nadania tytułu profesora, dokonuje aktu lub czynności z zakresu administracji publicznej,

1. Dalej: Centralna Komisja lub CK.



czy też realizuje swoje konstytucyjne kompetencje niemające charakteru takiego aktu lub czynności. W przypadku ustalenia, że Prezydent jest w tym wypadku organem wykonującym zadania z zakresu administracji publicznej, sąd musiał dokonać oceny czy przewlekłość postępowania Prezydenta RP wynika z bierności organu administracji publicznej, który ma obowiązek prawny określonego zachowania się. Rozstrzygając sprawę WSA w Warszawie zwrócił uwagę, że Prezydent RP wykonuje swoje zadania w zakresie i na zasadach określonych w Konstytucji RP i ustawach. O ile Prezydent RP nie jest podmiotem wchodzącym w skład systemu organizacyjnego administracji publicznej (nie jest organem administracji w ujęciu ustrojowym), o tyle w pewnych sytuacjach może pełnić rolę organu administracji w ujęciu funkcjonalnym. Zagadnienie to było przedmiotem badania we wcześniejszym orzecznictwie administracyjnym (np. postanowienie NSA z 20 września 2020 r., sygn. akt II GSK 295/20).

Sąd musiał zatem rozstrzygnąć czy sprawa związana z kształtowaniem sytuacji prawnej jednostki w przedmiocie nadania tytułu profesora jest związana z wykonywaniem funkcji administracji, czy też wykonywaniem wyłącznie konstytucyjnych kompetencji głowy państwa.

Sąd w wyroku uznał, że Prezydent w ramach tego postępowania jest organem administracji publicznej w znaczeniu funkcjonalnym, ponieważ stosuje prawo administracyjne i wpływa wiążąco na sytuację prawną jednostki. Za takim rozstrzygnięciem zadecydowało kilka argumentów.

Po pierwsze, WSA w Warszawie odwołał się do wcześniejszego postanowienia NSA z 11 maja 2021 r., sygn. akt III OSK 3265/21, w którym przesądzono, że Prezydent podejmując postanowienie w przedmiocie

nadania tytułu profesora, powinien zostać zakwalifikowany jako organ administracji. W ten sposób potwierdził wcześniejsze orzeczenie w podobnych sprawach.

Po drugie, sąd wskazał, że postanowienie Prezydenta RP o nadaniu tytułu profesora, jest władczym rozstrzygnięciem sprawy indywidualnej danej jednostki. Postanowienie to nie jest decyzją administracyjną, ale z uwagi na posiadanie pewnych elementów podobnych do decyzji administracyjnej, powinno być kwalifikowane jako inny akt z zakresu administracji publicznej, o których stanowi art. 3 § 2 pkt 4 p.p.s.a². Po trzecie, nadanie tytułu profesora przez Prezydenta RP nie stanowi realizacji jego konstytucyjnych prerogatyw, o czym wyraźnie świadczy treść art. 144 ust. 3 Konstytucji, który ma charakter katalogu zamkniętego, pośród których nie znajduje się prawo do nadawania tytułu naukowego.

Z uwagi na powyższe, sąd uwzględnił skargę na beczynność lub przewlekłe prowadzenie postępowania przez Prezydenta RP, stwierdzając że nie miało miejsca z rażącym naruszeniem prawa i zobowiązał Prezydenta RP do rozpatrzenia wniosku Centralnej Komisji w terminie jednego miesiąca od daty doręczenia prawomocnego wyroku wraz z aktami sprawy.

3. Rozstrzygnięcie Wojewódzkiego Sądu Administracyjnego

Rozstrzygnięcie WSA w Warszawie należy ocenić pozytywnie. Jego prawidłowość potwierdził zresztą NSA w wyroku z 15 października 2024 r., sygn. akt III OSK 131/23, w ramach kontroli instancyjnej. Krytycznie należy ocenić natomiast rozstrzygnięcie w tym zakresie, że przewlekłe prowadzenie postępowania przez Prezydenta RP nie miało miejsca z rażącym naruszeniem prawa.



Status prawno-administracyjny Prezydenta RP wywoływał swego czasu spory w doktrynie i orzecznictwie³, ale linia orzecznicza stoi aktualnie na stanowisku, że Prezydenta można zaliczyć w pewnych sytuacjach do organów administracji publicznej⁴. W orzecznictwie przesądzono, że Prezydent nie jest organem administracji w znaczeniu ustrojowym (do których zalicza się organy administracji rządowej i samorządowej); Prezydenta należy jednak uznać za organ administracji w znaczeniu funkcjonalnym⁵. Taka kwalifikacja odnosi się do sytuacji, w której organ niebędący organem w znaczeniu ustrojowym, będzie kompetentny do podjęcia decyzji stosowania materialnego prawa administracyjnego i ustanowienia nią normy indywidualnej⁶. Innymi słowy okoliczność, że Prezydent nie jest formalnie włączony w struktury administracji publicznej, nie przesądza o braku możliwości takiej kwalifikacji głowy państwa z uwagi na pełnione zadania. Trybunał Konstytucyjny wskazywał bowiem, że za organ administracji publicznej jest uznawany każdy podmiot – niezależnie od tego czy formalnie należy do struktury administracji – w którego kompetencjach leży wydawanie rozstrzygnięć władczych, kształtujących sytuację prawną (praw i obowiązków) konkretnych osób⁷.

Nie każda jednak forma działania Prezydenta RP może być uznana za realizację zadań z zakresu. W sferach, w których Prezydent działa jako głowa państwa i symbolizuje majestat RP oraz jej suwerenność nie można mówić o wykonywaniu przez niego administracji publicznej⁸. Z tego względu każdy bu-

dzący wątpliwości przypadek, każdy przejaw realizacji uprawnień Prezydenta RP, musi być analizowany indywidualnie celem ustalenia, czy Prezydent wydaje rozstrzygnięcie władcze i czy kształtuje ono sytuację prawną jednostki. Z pewnością taką sytuacją jest nadanie tytułu profesora.

4. Kompetencje Prezydenta w kwestii nadawania tytułu naukowego profesora

Przedmiotem rozpoznania komentowanego wyroku WSA w Warszawie nie była kwestia związana z odpowiedzią na pytanie, czy Prezydent jest zobowiązany do nadania tytułu profesora po wpłynięciu do niego wystąpienia od Centralnej Komisji, czy może nie uwzględnić wniosku i nie nadać tytułu (wbrew treści wystąpienia CK). Sprawa nie jest błaha, gdyż tylko w 2024 r. Prezydent nadał 765 tytułów profesorskich pracownikom nauki i sztuki oraz nauczycielom akademickim⁹. Zgodnie z art. 228 ust. 5 ustawy Prawo o szkolnictwie wyższym i nauce¹⁰ RDN, w terminie 3 miesięcy od dnia otrzymania opinii, w drodze decyzji administracyjnej: 1) występuje do Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej o nadanie wnioskodawcy tytułu profesora albo 2) odmawia wystąpienia do Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej o nadanie wnioskodawcy tytułu profesora.

Wydaje się, że stylizacja tego przepisu nie pozwala Prezydentowi na uznaniowość i swobodę decyzyjną¹¹. Świadczy o tym kilka argumentów.

Po pierwsze, ustawodawca redagując przepis art. 228 ust. 5, nie posłużył się terminem „wniosek”, który w pewnych okolicznościach mógłby oznaczać swobodę Prezydenta w zakresie nadawania tytułów naukowych. Cechą wniosku jest z reguły jego niewiążący charakter, który powinien stać się dopiero przedmiotem prezydenckiej refleksji¹². Wykładnia językowa nakazuje rozumieć wniosek jako „to, co ktoś proponuje, projekt przedstawiony do rozważenia i decyzji; propozycja”¹³. Redakcja art. 228 ust. 5 wskazuje na to, że Rada Doskonałości Naukowej (RDN) po prostu występuje do Prezydenta o nadania tytułu, nie

3. B. Banaszak, Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej. Komentarz, wyd. 2, Warszawa 2012, Legalis. Także uchwała NSA (7) z 9 listopada 1998 r., sygn. akt OPS 4/98 (ONSA 1999, Nr 1, poz. 6).

4. Wyrok NSA z 29 maja 2003 r., sygn. II SAB 419/02 (OSP 2004, Nr 8, s. 390); postanowienie NSA z 20 września 2020 r., sygn. akt II GSK 295/20; A. Jakubowski, Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej jako organ administrujący (organ administracji publicznej), „Państwo i Prawo” 2023, nr 2, s. 3 i n.

5. Postanowienie NSA z 7 grudnia 2017 r., sygn. I OSK 858/17.

6. J. Sychowiec, Prezydent RP jako organ administracji publicznej, „Młody Jurysta” 2021, nr 3, s. 22.

7. Wyrok TK z 27 maja 2008 r., sygn. SK 57/06, OTK-A nr 4/2008, poz. 63.

8. Uchwała NSA (7) z 9 listopada 1998 r., sygn. akt OPS 4/98 (ONSA 1999, Nr 1, poz. 6).

9. <https://www.prezydent.pl/kancelaria/statystyki/statystyki-nominacji-profesorskich> [dostęp: 14.04.2025 r.].

10. Ustawa z dnia 20 lipca 2018 r. (Dz. U. z 2024 r. poz. 1571).

11. M. Sieniuc, Nadanie tytułu naukowego profesora. Kilka refleksji na tle regulacji zawartych w ustawie Prawo o szkolnictwie wyższym i nauce, „Białostockie Studia Prawnicze” 2020, vol. 25, nr 4, s. 155.

12. P. Kuczma, Kompetencje nominacyjne prezydenta RP wobec sędziów, „Zeszyty Naukowe Dolnośląskiej Wyższej Szkoły Przedsiębiorczości i Techniki”, 2011, nr 4, s. 194.

13. M. Szymczak (red.), Słownik języka polskiego, tom trzeci R-Z, Warszawa 1993, s. 739.

2. Ustawa z dnia 30 sierpnia 2002 r. Prawo o postępowaniu przed sądami administracyjnymi (Dz. U. z 2024 r. poz. 935), dalej: p.p.s.a.

przysługując głowie państwa władzy dyskrecyjnej w zakresie rozpoznania tego wystąpienia. Sformułowanie „wystąpienie o nadanie tytułu profesora” oznacza, że RDN wskazuje Prezydentowi osobę, której osiągnięcia i dorobek naukowy zostały już pozytywnie zweryfikowane, a Prezydent jest zobowiązany to wystąpienie uwzględnić.

Po drugie, w treści ustawy Prawo o szkolnictwie wyższym i nauce nie zostało dla Prezydenta RP przewidziane żadne uprawnienie, na podstawie którego głowa państwa mogłaby dokonać merytorycznej oceny kompetencji naukowych osoby ubiegającej się o tytuł naukowy. Odnotować w tym miejscu należy uprawnienie wynikające z treści 230 ust. 3 ustawy Prawo o szkolnictwie wyższym i nauce, na podstawie którego Prezydent RP może zwrócić się do RDN o dołączenie do wniosku opinii komisji do spraw etyki w nauce PAN w przypadku powzięcia wiadomości o możliwości naruszenia praw autorskich przez osobę, której dotyczy wniosek, ale na tym rola głowy państwa się kończy (poza tym uprawnienie Prezydenta dotyczy pewnego aspektu oceny dorobku naukowego, chociaż istotnego, a mianowicie oceny rzetelności naukowej). W przypadku wydania przez tę Komisję opinii potwierdzającej możliwość naruszenia praw autorskich kompetencje w zakresie wznowienia postępowania o nadanie tytułu profesora zostały zastrzeżone na rzecz Rady Doskonałości Naukowej a nie Prezydenta.

Po trzecie, rola Prezydenta w ramach tego postępowania sprowadza się do czynności wyłącznie ceremonialnych i pełni on rolę swego rodzaju notariusza Rady Doskonałości Naukowej. Ukształtował się nawet zwyczaj, że nadanie tytułów profesorskich odbywa się podczas specjalnej uroczystości w Pałacu Prezydenckim. Prezydent został włączony w ten proces jedynie z uwagi na pełnienie funkcji najwyższego reprezentanta, a jego udział ma podnieść rangę wydarzenia oraz znaczenie tytułu naukowego. Głowa państwa nie jest organem prowadzącym postępowanie w sprawie nadania tytułu naukowego. Prezydent „nie dysponuje on żadnymi środkami umożliwiającymi dokonanie merytorycznej oceny osiągnięć i dorobku kandydata do tego tytułu. Przysługują one bowiem jedynie organowi prowadzącemu postępowanie, tj. Radzie Doskonałości Naukowej (...) Akt Prezydenta RP dopełnia jedynie proces nadania tego tytułu”¹⁴. Merytoryczne rozpoznanie kwalifikacji kandydata do tytułu naukowego jest przedmiotem rozpozna-



nia Rady Doskonałości Naukowej. Ustawa - Prawo o szkolnictwie wyższym i nauce nie przewiduje dla Prezydenta żadnych uprawnień umożliwiających weryfikację kwalifikacji kandydata w tym postępowaniu.

Po czwarte, Konstytucja milczy w sprawie prezydenckiego zadania w postaci nadawania tytułów naukowych. Oznacza to, że rolę Prezydenta w tym postępowaniu należy głównie upatrywać przez pryzmat treści ustawy, w szczególności w zakresie tych kwestii, które zostały dość precyzyjnie uregulowane. Za taką materię należy uznać prezydencki obowiązek (a nie prawo) do nadawania tytułów naukowych na skutek wystąpienia RDN. Żaden z przepisów ustawy nie pozwala Prezydentowi na odmowę uwzględnienia wystąpienia RDN. Oznacza to, że głowa państwa jest takim wystąpieniem związana.

5. Zakres rozstrzygnięcia WSA

Nie można się zgodzić z rozstrzygnięciem WSA w Warszawie w zakresie stwierdzenia, że przewlekłość postępowania nie miała miejsca z rażącym naruszeniem prawa. Uzasadnieniem takiego rozstrzygnięcia sądu było to, iż Kancelaria Prezydenta RP informowała skarżącego o stanie sprawy, a ponadto Prezydent dokonał wadliwej wykładni przepisów prawa w warstwie proceduralnej i materialnej.

Odnosząc się do tej kwestii to należy dostrzec ogólną niechęć ze strony organów administracji publicznej i sądów administracyjnych w stwierdzaniu, że przewlekłe prowadzenie postępowania miało miejsce z rażącym naruszeniem prawa. Tymczasem w przedmiotowej sprawie przewlekłość miała charakter rażący.

Po pierwsze dlatego, że Prezydent informował skarżącego o stanie sprawy dopiero na jego wniosek w październiku 2021 r., a na ponaglenie skarżącego nie udzielił odpowiedzi w ogóle. Od czasu przesłania

Prezydentowi informacji przez Centralną Komisję dotyczącej doboru recenzentów, co miało miejsce w lipcu 2019 r., Prezydent nie rozpatrzył wniosku CK, przy czym skarga do WSA w Warszawie została wniesiona w grudniu 2021 r. Od października 2021 r. Prezydent nie udzielił skarżącemu żadnych informacji w sprawie.

Po drugie, wadliwa wykładnia nie może stanowić usprawiedliwienia bezczynności i przewlekłości. Należy zwrócić uwagę, że w orzecznictwie obowiązywała linia orzecznicza, zgodnie z którą Prezydent mógł być traktowany jako organ administracji publicznej w znaczeniu funkcjonalnym, a więc zajmowane przez Prezydenta stanowisko w sprawie było od początku nieuzasadnione. Ponadto doktryna stała na stanowisku, że Prezydent nie ma kompetencji dla oceny merytorycznej wystąpienia CK (obecnie:

RDN)¹⁵. NSA wskazał, że „zgodnie z art. 35 k.p.a. organ administracji publicznej zobowiązany jest załatwić sprawę bez zbędnej zwłoki, przy czym załatwienie sprawy wymagającej postępowania wyjaśniającego powinno nastąpić nie później niż w ciągu miesiąca, a sprawy szczególnie skomplikowanej, nie później niż w ciągu dwóch miesięcy od dnia wszczęcia postępowania. Za rażące naruszenie tych przepisów można zatem uznać ich oczywiste niezastosowanie lub nieprawidłowe zastosowanie”¹⁶. Oznacza to, że Prezydent RP miał możliwość analizy stanu faktycznego i prawnego sprawy i dokonać jej prawidłowej interpretacji. Tymczasem wykładnia przyjęta przez Prezydenta nie odpowiadała jego roli przewidzianej w tej procedurze, a czas rozpatrzenia wystąpienia CK w sposób rażący odbiegał od standardowego terminu załatwienia tego rodzaju spraw.

Streszczenie

Tematyką glosowanego wyroku WSA w Warszawie (II SAB/Wa 10/22) jest zwrócenie uwagi na przewlekłość, której dopuścił się Prezydent RP rozpatrując sprawę o nadanie stopnia naukowego. W glosowanym wyroku sąd przeprowadził analizę tego, czy sprawa podlegała załatwieniu przez Prezydenta w drodze aktu lub czynności z zakresu administracji publicznej, a następnie czy Prezydent RP działał w sposób bierny dopuszczając się tym samym przewlekłości postępowania.

Słowa kluczowe: Prezydent, przewlekłość, tytuł naukowy, profesor

Abstract

The subject of the judgment of the Provincial Administrative Court in Warsaw (II SAB/Wa 10/22) is to draw attention to the lengthiness committed by the President of the Republic of Poland when considering the case for the award of an academic degree. In the judgment in question, court analysed whether the case was subject to resolution by the President of the Republic by way of an act or action in the field of public administration, and then whether the President of the Republic acted passively, thus allowing the proceedings to be protracted.

Keywords: President, chronicity, academic title, professor



O autorze: Dr hab. Paweł Kuczma, prof. UZ, radca prawny, Uniwersytet Zielonogórski
ORCID: 0000-0003-1443-4742, mail: p.kuczma@wpa.uz.zgora.pl.

14. M. Sieniuc, op. cit., s. 154.

15. M. Sieniuc, op. cit., s. 154; także A. Kiebała, Kariera naukowa – zdobywanie stopni i tytułów naukowych, [w:] S. Waltoś, A. Rozmus (red.), Kariera naukowa w Polsce. Warunki prawne, społeczne i ekonomiczne, Warszawa 2012, s. 131.

16. Wyrok NSA z dnia 9 lipca 2014 r., sygn. akt II GSK 832/13.



Remigiusz Bartkowiak

Analiza skuteczności mechanizmów odpowiedzialności międzynarodowej – pomiędzy *lex lata* i *ferenda* na przykładzie prawa ochrony środowiska

Analysis of the effectiveness of international liability mechanisms – between *lex lata* and *ferenda* on the example of Environmental Law

1. Wstęp

Klasyczne instytucje odpowiedzialności międzynarodowej, ukształtowane wokół odpowiedzialności państwa są obecnie konfrontowane z obliczem współczesnych dylematów prawa międzynarodowego, takimi jak metody obliczania szkód, czy też rozszerzenie zakresu podmiotowego oraz przedmiotowego koncepcji odpowiedzialności. Widać to w szczególności w międzynarodowym prawie ochrony środowiska, gdzie specyfika szkód o charakterze globalny, długoterminowym oraz rozproszonym weryfikuje skuteczność tradycyjnych ram mechanizmów prawnych z potrzebą przypisania odpowiedzialności za naruszenie interesów wspólnoty międzynarodowej.

Podstawowy katalog mechanizmów, czyli odszkodowanie, restytucja oraz zadośćuczynienie coraz częściej napotykają bariery w postaci wielopoziomowego oraz fragmentarycznego regulowania norm prawa międzynarodowego, do którego dochodzi także brak naczelnego organu egzekucyjnego oraz brak dostosowania do współczesnych specyfik gałęzi prawa, w tym prawa ochrony środowiska. Powoduje to, że nieuniknione jest ukierunkowanie *lex ferenda* uwarunkowań zastosowania mechanizmów naprawczych.

2. Zakres zastosowania mechanizmów odpowiedzialności prawnomiędzynarodowej

Odpowiedzialność prawnomiędzynarodowa należy do jednych z kilku atrybutów funkcjonowania podmiotu w prawie międzynarodowym. Doktryna wyróżnia kilka szczegółowych cech, w tym zdolność do ponoszenia odpowiedzialności prawnomiędzynarodowej jako kluczowy element posiadania zdolności do czynności prawnych¹. Prawo międzynarodowe wyróżnia dwie główne koncepcje odpowiedzialności za wyrządzone szkody – za czyny bezprawne oraz za czyny legalne powodujące szkodę. System coraz częściej próbuje przenieść wymiar ponoszenia konsekwencji prawnych za naruszenia, gdzie nie dochodzi do bezpośredniego złamania normy prawnej². W prawie sytuacja ta znana jest pod pojęciem *due diligence*, która stanowi, że państwo ma nie tylko powinność nienaruszania zobowiązań, ale również ma obowiązek regulowania, nadzorowania oraz kontrolowania działań, powodujące szkody o charakterze transgranicznym, co głównie stanowi podstawę dla oceny skuteczności mechanizmów prawa ochrony środowiska. Usprawnieniem dla koncepcji wydaje się także próba łączenia wzorca odpowiedzialności,

czyli odpowiedzialności państwa z cechami odpowiedzialności cywilnoprawnej, gdzie celem jest rekompensata powstałych szkód niezależnie od elementu bezprawności działania³.

Pojęcie odpowiedzialności międzynarodowej należy definiować przez pryzmat odpowiedzialności państwa jako wzorca dla stosowności związanych mechanizmów prawnych. Odpowiedzialność taka powstaje głównie z mocy prawa w wyniku naruszenia o charakterze bezpośrednim odnoszącym się do norm traktatowych oraz *ius cogens*⁴. Skomplikowane z punktu widzenia egzekwowania roszczeń wydają się także działania podmiotów prywatnych, które nie są częścią aparatu państwowego, gdzie podmiot może uwolnić się od odpowiedzialności za pomocą wykazania, że kierowało się należyta starannością w zapobieganiu naruszeń⁵. Teoria zasady solidarnej odpowiedzialności przewiduje również możliwość dochodzenia roszczeń za wsparcie innego podmiotu, wiedząc zarazem, że gdyby samo popełniło podobny czyn, to również zostałoby pociągnięte do odpowiedzialności prawnomiędzynarodowej. Znaczącą zasadą dla odpowiedzialności jest także zasada *ultra vires*, w myśl której podmiot zostaje pociągnięty do odpowiedzialności za działania organu państwowego oraz jego przekroczenia uprawnień wynikających z prawa wewnętrznego⁶.

Podobny schemat obowiązywania odpowiedzialności obejmuje organizacje międzynarodowe, dla których za podstawę działań stanowi kryterium kompetencji powierzonych, uregulowanych w przepisach statuujących działalność organizacji⁷. Egzekwowanie roszczeń umożliwia również działalność organów, czy też podmiotów działających w imieniu organizacji, niezależnie od ich oficjalnego statusu prawnego⁸. Z punktu widzenia skuteczności dochodzenia roszczeń kluczowym wydaje się również zasada przyjmowania odpowiedzialności za działania organizacji przez państwa członkowskie, co też warunkowane jest odrębnymi od siebie przesłankami w postaci unormowania takiej konsekwencji prawnej w statucie podmiotu, a także wtedy, gdy samo państwo



sprawowało nad organizacją efektywną kontrolę lub też, gdy organizacja działała jako przedstawiciel państwa członkowskiego⁹.

W przypadku osób fizycznych normy prawne dotąd dotyczą odpowiedzialności karnej za najcięższe zbrodnie popełniane przez jednostki. W tym obszarze prawa międzynarodowego następuje połączenie systemu uniwersalnego z porządkami krajowymi¹⁰. Odpowiedzialność za najcięższe zbrodnie funkcjonuje równolegle z systemami odpowiedzialności pozostałych podmiotów, gdzie ogólnym obowiązkiem dla każdego jest osobiste ściganie, a następnie doprowadzenie sprawcy przed sąd międzynarodowy¹¹. W indywidualnej odpowiedzialności karnej wyróżnić można kilka głównych nurtów, dla których wspólnym mianownikiem jest stopień kontroli i zarządzania nad bezprawnością działania lub zaniechania, gdzie coraz częściej mowa o rozszerzonych formach sprawstwa¹².

Uwarunkowania mechanizmów odpowiedzialności, pomimo dorobku doktrynalnego, funkcjonują bez naczelnego organu egzekucyjnego oraz w warunkach woluntarystycznego obowiązywania norm egzekucyjnych. Zarysowane we wstępie do arty-

1. J. Gardner The mark of responsibility, Oxford Journal of Legal Studies, Vol. 23, No. 2 (2003), pp. 157-171.

2. M. Sersić Liability of states sine delicto, w: Euphony, harmony and dissonance in the international legal order, Liber Amicorum Władysław Czapliński, 2024, s. 446.

3. A. Boyle, Liability for Injurious Consequences of Acts Not Prohibited by International Law, w: The Law of International Responsibility, red. J. Crawford, A. Pellet i S. Olleson, Oxford University Press, 2010, s. 98.

4. A. Kaczorowska-Ireland, Public International Law the 6th Edition, Routledge, 2023, s. 477.

5. M.N. Shaw International Law the 6th Edition, Cambridge University Press, 2008, s. 789.

6. J. Crawford i S. Olleson The nature and forms of intentional responsibility, w: International Law, red. M.D. Evans, Oxford University Press, 2018, s. 457.

7. A. Czaplińska, Odpowiedzialność organizacji międzynarodowych jako element uniwersalnego systemu odpowiedzialności międzynarodowej, s. 237.

8. W. Czapliński, Odpowiedzialność państwa członkowskiego za akty organizacji międzynarodowej, w: Ruch Prawniczy, Ekonomiczny i Socjologiczny, 2006, s. 105-118.

9. Reparations for Injuries Suffered in the Service of the United Nations, Advisory Opinion, ICJ Reports 1949

10. E. van Sliedregt Individual criminal responsibility in international law, Oxford University Press, 2012, s.18

11. C. Damgaard, Individual Criminal Responsibility for Core International Crimes: Selected Pertinent Issues, Springer Berlin Heidelberg, 2008, s. 26.

12. Ibidem, s. 18.



kułu problemy ujawniają się w pełni wówczas, gdy spojrzymy na konkretne dziedziny prawa. Widać to przede wszystkim w prawie ochrony środowiska, gdzie rozproszony oraz globalny charakter szkód konfrontuje klasyczny katalog stosowania mechanizmów naprawczych z współczesnymi wyzwaniami prawa międzynarodowego. To właśnie tutaj mamy bogaty zarys mechanizmów prawnych, regulowanych konwencjami globalnymi, sektorowymi oraz regionalnymi, jak i również prawem zwyczajowym, które to wielopoziomowo kształtują instrumenty odpowiedzialności międzynarodowej.

3. Analiza skuteczności mechanizmów w podstawach prawnych odpowiedzialności międzynarodowej prawa ochrony środowiska

Na podstawę mechanizmów odpowiedzialności międzynarodowej uznaje się działalność Komisji Prawa Międzynarodowego, która to w 2001 r. opublikowała zbiór projektów o odpowiedzialności państw za czyny międzynarodowo bezprawne, uznawanych za kluczowy element prawa zwyczajowego odpowiedzialności¹³. Z perspektywy przepisów należy już dostrzec, że zakres obowiązywania obejmuje jedynie

naruszenia spowodowane przez państwa, co powoduje komplikacje z punktu widzenia zastosowania przepisów względem osób fizycznych, czy też osób prawnych, które bezpośrednio naruszają zobowiązania w zakresie norm środowiskowych. Problematycznym wydaje się również kryterium bezprawności czynu, ponieważ za bezprawne nadal nie uznaje się, np. emitowania zanieczyszczeń. Ponadto, tradycyjny model odpowiedzialności oparty na ARSIWA wymaga wykazania związku przyczynowego oraz przekroczenia progu „znaczącej szkody”, które w zestawieniu z rozproszonym oraz globalnym charakterem szkód klimatycznych powodują problemy z przypisaniem działań konkretnemu państwu¹⁴. Pomimo że ARSIWA stanowi prawną ramę odniesienia do szkód środowiskowych, to dominujący w prawie ochrony środowiska proceduralny charakter zobowiązań oparty na obowiązku zachowania, np. za pośrednictwem *due diligence*, może napotkać problemy w wykazaniu źródła naruszenia z ARSIWA, ponieważ nie mamy tutaj do czynienia ze złamaniem konkretnej normy lecz z niedopełnieniem procedur¹⁵. Co więcej, formy mechanizmów są również niedostosowane do stopniowych zmian klimatu, bowiem instrumentem restytucji nie da się w takim samym stopniu przywrócić, np. systemu bioróżnorodności. Także w komentarzu do projektów wciąż jest brak uznania ochrony środowiska jako zobowiązania erga omnes. Orzecznictwo, jak i doktryna nadal poruszają problematykę ochrony środowiska jedynie jako wspólny „interes ludzkości”, przez co również nie ma konkretnej podstawy dla uznania szkody środowiskowej jako naruszenia zobowiązania względem społeczności międzynarodowej, o którym mowa w rozdziale III projektu KPM¹⁶.

Wydaje się, że za uskutecznieniem mechanizmów w prawie ochrony środowiska byłoby wprowadzenie instrumentów egzekucyjnych dla pojęcia *liability*, którego problematyka odpowiedzialności została jak dotąd uregulowana prawem *soft law*¹⁷, a w przeciwieństwie do ARSIWA ma o wiele słabsze oparcie normatywne oraz w judykaturze. Przełomowym byłoby wprowadzenie mechanizmów za sam fakt powstania szkody transgranicznej o charakterze materialnym niezależnie od tego czy działało zgodnie z prawem wewnętrznym oraz bez zamiaru wyrządzenia szkody, w którym mechanizmy zapobiegania łączyłyby się ze wspomnianą odpowiedzialnością cywilną. Propono-

wane rozumienie szkody spowodowałoby znaczne rozszerzenie stosowalności mechanizmów za brak zastosowania procedur opartych na ocenie ryzyka powstania naruszenia zobowiązania, zwłaszcza w ujęciu przekroczenia norm środowiskowych.

Mechanizmy należy także dostrzec w konwencjach sektorowych, gdzie np. ustanowiono szeroko rozumiany obowiązek ochrony środowiska morskiego, którego gwarancją prawną jest spełnienie obowiązku naprawy szkody¹⁸. Podobne rozwiązania przyjęto również w umowach międzynarodowych o podobnej regulacji gdzie wykreowano ogólny obowiązek redukcji gazów cieplarnianych oraz dbałości o stan środowiska, nie wskazując na to, kto i w jakim zakresie jest odpowiedzialny za zanieczyszczenia. Takie literalne brzmienie pojęcia szkody świadczy o tym, że w prawie międzynarodowym brak jest dostosowania instrumentów prawnych do konkretnych gałęzi prawa, gdzie należałoby rozszerzyć katalog przesłanek szkody, na którym można byłoby oprzeć mechanizmy prawne. Pomimo, że opinia doradcza ITLOS z 2011 r. wskazuje na obowiązek należytej staranności, tak Trybunał nie określił granic oraz kryteriów takiej staranności, przez co nadal mechanizmy opierają się na materialnym rozumieniu szkody¹⁹. Brakuje wskazania sektorowych oraz konkretnych przesłanek o charakterze przedmiotowym, a zwłaszcza temporalnym. Co więcej, globalne konwencje powstawały bardzo często w latach, kiedy to nie było rozwiniętej doktryny. Ukształtowane są tym samym na definicjach, których znaczenie nastąpiło rozszerzeniu²⁰ czego przykładem jest pojęcie odpowiedzialności korporacyjnej, jak i brak ochrony dóbr wspólnych, których naruszenie nie wywołuje szkód względem konkretnego państwa, np. poprzez niszczenie warstw ozonowych. Nowe ter-



minologie, a głównie wieloaspektowość oraz często długoletni wpływ naruszeń, powodują, że należałoby wprowadzić szersze literalne rozumienie szkody niż jako jej „wyrządzenie”. Takie rozumienie szkody jako następstwo naruszenia powoduje trudność w uruchomieniu mechanizmów względem szkód o charakterze potencjalnym, np. w sytuacji, gdy podmiot produkując nadmiar gazów cieplarnianych, zdaje sobie sprawę, że w sposób stopniowy degraduje środowisko, czego skutkiem w przyszłości będzie naruszenie podstawowych praw człowieka. Co więcej, stopniowość powstawania szkód powoduje, że na tle przepisów wielu konwencji, zwłaszcza regulujących problem zanieczyszczeń, brakuje ujęcia konkretnego momentu, w którym powstaje szkoda.

Warto również wspomnieć o konwencjach klimatycznych, które w przeciwieństwie do konwencji sektorowych, posiadają mechanizmy odpowiedzialności oparte na zasadzie niewyrządzania szkody transgranicznej powiązanej z zasadą ostrożności. Konwencje te stanowią o obowiązkach raportowania oraz o celach jakim jest głównie redukcja emisji zanieczyszczeń, natomiast za kluczowe z punktu widzenia praktyki byłoby tutaj zastosowanie mechanizmu „odpowiedzialności zróżnicowanej”, dostosowanej proporcjonalnie do stopnia emitowanych zanieczyszczeń. Należałoby w tym względzie odpowiedzieć na pytanie, które państwa i w jakim stopniu przyczyniły się do powstania zanieczyszczeń, ponieważ praktyka pokazuje, że najwięksi emitenci, np. Chiny, czy Arabia Saudyjska, nie chcą przyjmować odpowiedzial-

13. Zob. ILC Commentary to the ARSIWA, 2001, s. 82.

14. Zbaraszczyńska A., Prawnomiędzynarodowa odpowiedzialność za szkody transgraniczne w środowisku - problem prewencji, *Ruch prawniczy, ekonomiczny i socjologiczny*, t. 70, z. 2 (2008), s. 115-116.

15. Chong, A., The Positive Obligation to Prevent Climate Harm Under the Law of State Responsibility, *The Georgetown Environmental Law Review*, Vol. 34, No.2 (2022), s. 277.

16. Wyr. MTS z 25.9.1997 r. w sprawie Gabčíkovo Nagymaros (Węgry/Słowacja), ICJ Reports 1997.

17. Zob. Draft Articles on Prevention of Transboundary Harm from Hazardous Activities (2001) oraz Draft Principles on the Allocation of Loss in the Case of Such Harm (2006), przyjęte przez Komisję Prawa Międzynarodowego ONZ.

18. Zob. Konwencja Narodów Zjednoczonych o prawie morza, sporządzona w Montego Bay dnia 10 grudnia 1982 r., Dz.U. z 2002 r. Nr 59, poz. 543, art. 192, art. 235 ust. 1.

19. International Tribunal for the Law of the Sea, Responsibilities and Obligations of States Sponsoring Persons and Entities with Respect to Activities in the Area, Advisory Opinion, 2011, para. 110-120.

20. Ciechanowicz-McLean, Janina, Instrumenty prawne ochrony klimatu przed i w Europejskim Zielonym Ładzie, *Gdańskie Studia Prawnicze*, nr 3 (2021), s.11.



ności za zmiany klimatyczne, a taką wolę przyjmują jedynie państwa, których emisje raczej nie powodują szkód o charakterze transgranicznym. Sukcesem z perspektywy norm klimatycznych wydaje się utworzenie podczas COP27 w 2022 r. funduszu *Loss&Damage*, który ma pomóc poszkodowanym krajom w skutkach zmian klimatycznych. Jego słabością jest niestety dobrowolny charakter wpłat funduszy na ten cel. Należałoby również utworzyć fundusz wraz z obligatoryjną składką, co już istnieje w postaci np. międzynarodowego funduszu odszkodowań zanieczyszczeń olejami.

W podstawach prawnych odpowiedzialności prawnomiędzynarodowej ochrony środowiska brakuje konkretnych procedur, dzięki którym możliwe byłoby skuteczne pociągnięcie podmiotów prawa międzynarodowego do odpowiedzialności. Co więcej, odwoływanie się przez doktrynę do obowiązków proceduralnych oraz *erga omnes*, a zwłaszcza do ochrony „wspólnych reżimów dziedzictwa”²¹ jest nadal niewystarczające i nie ma swojego przełożenia w praktyce. Kreują one jedynie pewne ramy wzajemnej współpracy, przez co ich woluntarystyczna skuteczność uzależniona jest od woli politycznej podmiotów.

4. Skuteczność mechanizmów odpowiedzialności międzynarodowej – wyzwania i perspektywy rozwoju na przykładzie prawa ochrony środowiska

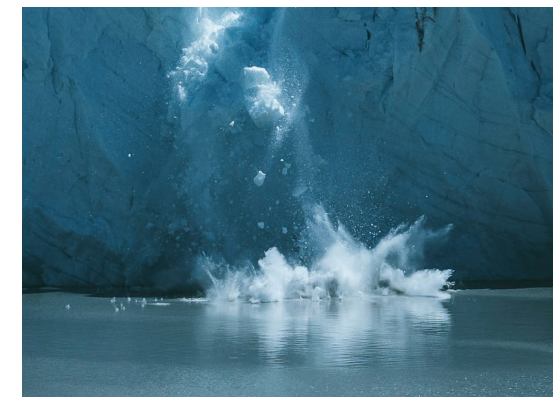
Prawo międzynarodowe zwraca również uwagę na problematykę odpowiedzialności korporacyjnej. Coraz częściej bowiem mowa o wpływie ponadnarodowych korporacji na normy środowiskowe, a co za tym idzie i na podstawowe prawa człowieka

takie jak m.in. dostęp do czystego środowiska, czy też dostęp do żywności. Głównym założeniem tego rodzaju odpowiedzialności jest tzw. odpowiedzialność pośrednia, której uregulowanie sprawiłoby, że zarówno podmioty, na których terenie znajduje się dana korporacja, jak i również sama osoba prawna zostałyby pociągnięte do odpowiedzialności międzynarodowej²². Korporacje nie są jednak ciągle w pełni uznanymi podmiotami, przez co komplikuje to kwestię ich braku zdolności do ponoszenia odpowiedzialności. Mechanizmem, który miałby uskutecznić odpowiedzialność pośrednią miałyby być obowiązki państwa do stworzenia przepisów krajowych związanych normami międzynarodowymi, co również stanowi główny postulat zasad sporządzonych w Wytycznych ONZ dot. biznesu i praw człowieka²³. Miałoby to mieć na celu wyegzekwowanie od korporacji określonych norm prawnych, co przecież też się dzieje na gruncie europejskim, gdzie za przełomowy wydaje uznaje się wyrok *Millieudefense vs Shell*, w którym to stwierdzono, że korporacje mają ogólny obowiązek przeciwdziałania zmianom klimatycznym²⁴. Kluczowym byłoby tutaj jednak bezpośrednie związanie podmiotów z niewymagającej implementacji normą, która miałaby odniesienie w zakazach powszechnie uznanych przez prawo międzynarodowe, nie wspominając o wcześniej wspomnianym *due dilligence*. Co więcej, wyroki *Miskito Divers vs Honduras*²⁵ oraz *LIDHO vs Wybrzeże Kości Słoniowej*²⁶ wydają się również mocnym krokiem w kierunku związania korporacji odpowiedzialnością bezpośrednią wydając wyroki o obowiązku naprawienia szkód związanych z łamaniem praw człowieka.

Warto i w tym aspekcie wspomnieć o postulacie wprowadzenia nowego rodzaju zbrodni międzyna-

rodowej regulowanej SR o mechanizm „ekobójstwa”, który znacznie wykracza poza tradycyjne ramy prawne odpowiedzialności. Mowa tutaj o szkodzie jako o czymś poważnym, długotrwałym oraz rozległym, co w porównaniu np. z literalnym brzmieniem „wyrządzenia szkody” z międzynarodowego prawa morza jest znaczącym krokiem dla problematyki modyfikacji pojęcia odpowiedzialności w prawie traktatowym o przesłanki temporalne oraz przedmiotowe. Co więcej, propozycja odwołuje się również do *mans rea*, zwracając uwagę nie tylko na bezprawność naruszenia, ale także i na „bezmyślność czynów”, które „prawdopodobnie” mogą spowodować długotrwały, poważny oraz powszechny uszczerbek na środowisku²⁷. Jest to odpowiedzią na wcześniej postawioną tezę o potrzebie regulacji szkody o charakterze potencjalnym. W sektorze ochrony środowiska postuluje się tzw. *climate justice* jako postulat zapewnienia praw proceduralnych oraz materialnych dla państw poszkodowanych zmianami klimatycznymi, co też należałoby zestawzić z koncepcją tzw. sprawiedliwości dystrybtywnej. Przełomowa pod tym względem wydaje się również być niedawno wydana przez Międzynarodowy Trybunał Sprawiedliwości opinia doradcza w sprawie obowiązków państw w zakresie zmian klimatu z lipca 2025 r.²⁸, w której przyjęto pewne przesłanki wszczęcia procedury odpowiedzialności poprzez pryzmat wygasłych zobowiązań oraz za pośrednictwem kryterium naruszeń państwa, które swoją nienależytą starannością doprowadza do wysokich poziomów emisji gazów cieplarnianych. Obecnie jedynym rozwiązaniem dla uskutecznienia mechanizmów będzie kwestia odpowiedzialności oraz pozyskania skarbu państwa.

Co więcej, problematyczne są wyliczenia sumy odszkodowań. Problematyka ta jest coraz częściej wskazywana jako przejaw słabości systemu uniwersalnego, ponieważ sądownictwo nie ma jednolitego systemu, na których mogłoby oprzeć oszacowywanie wartości szkód. Kluczowym wydaje się przytoczona opinia doradcza MTS w sprawie zmian klimatu²⁹. Przedstawił on zarys obliczania szkód, powołując się tym samym na mechanizmy wcześniej zaproponowane w wyrokach *Costa Rica vs Nicaragua*³⁰ oraz *DRC vs Uganda*³¹. Obliczanie szkód miałyby zatem obejmować utratę oraz uszkodzenie dóbr oraz koszty związane



z ich restytucją, zaś za kryterium kwalifikacji takiej szkody miałyby być jedynie wykazanie „wystarczającego bezpośredniego i pewnego związku przyczynowego”, co nie uskutecznia instrumentów prawnych ze względu na wieloprzyczynowość szkód³². W sytuacji, gdyby nie dałoby ustalić rozmiaru szkody, to wówczas odpowiedni sąd miałby opierać swoje wyroki na podstawie tzw. sum globalnych, ustalanych także na podstawie niedającego się zidentyfikować zakresu dowodowego oraz zasad *equity*, co również powoduje nieprzewidywalność takiego rozwiązania oraz potrzebę dalszej regulacji problemu skuteczności mechanizmów.

Skuteczność mechanizmów w systemie uniwersalnym coraz częściej napotyka trudności w postaci polifracji – tzn. konkurencyjnych i bardziej skutecznych reżimów odpowiedzialności kreowanych przez porządki regionalne, takimi jak Unia Europejska, czy też inne regionalne systemy sądownicze³³. Problematyczne wydaje się to, że systemy te nie posiadają kompetencji, zwłaszcza w prawie ochrony środowiska, do egzekwowania odpowiedzialności na płaszczyźnie uniwersalnej. Skomplikowane jest dochodzenie odpowiedzialności względem podmiotów, które nie są związane danym aktem prawnym, regulującym działalność danej organizacji bądź sądu oraz trybunału. Woluntarystyczny charakter poddawania się jurysdykcji powinien zostać zastąpiony skuteczniejszymi mechanizmami o charakterze *erga omnes* w imię ogólnie rozumianego „interesu społeczności międzynarodowej”. Warto przywołać w tym aspekcie wyrok ETPCz *Klimmasenioren vs Szwajcaria*³⁴, który dopuścił do procedowania skargę, będącą w sprzeczności z dotychczasowymi koncepcjami ofiary, przyjmując za *locus standi* „interes publiczny”. Przełomowym pod tym względem może okazać się sprawa *Mellner vs*

21. International Law Commission, Draft conclusions on peremptory norms of general international law, with commentaries, 2022, Conclusion 17, Commentary, para. 3.

22. M. Karavas, International Corporate Legal Responsibility, Wolters Kluwer, 2012, s. 12.

23. Zob. UN Human Rights Council, Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations “Protect, Respect and Remedy” Framework, A/HRC/17/31, 21 March 2011.

24. Zob. District Court of The Hague, Milieudefense et al. v. Royal Dutch Shell plc, Judgment of 26 May 2021, ECLI:NL:RBDHA:2021:5337.

25. Zob. Inter-American Court of Human Rights, Case of the Miskito Divers v. Honduras, Judgment of 31 August 2021, Series C No. 432.

26. Zob. African Court on Human and Peoples’ Rights, Ligue Ivoirienne des Droits de l’Homme and Others v. Republic of Côte d’Ivoire, Application no. 041/2016, Judgment of 5 September 2023.

27. Stop Ecocide Foundation, Independent Expert Panel for the Legal Definition of Ecocide: Commentary and Core Text, 2021.

28. Zob. Obligations of States in respect of Climate Change (Request for Advisory Opinion), ICJ Reports, 2025.

29. Ibidem, para. 453.

30. Zob. Costa Rica v. Nicaragua, Compensation, Judgment, ICJ Reports 2018, s. 15 i in.

31. Zob. DRC v. Uganda, Reparations, Judgment, ICJ Reports 2022, s. 20 i in.

32. Zob. Costa Rica v. Nicaragua, op.cit. s. 15 i in.

33. T. Ruys Sanctions, Retorsions and Countermeasures: Concepts and International Legal Framework, w: Research Handbook on UN Sanctions and International Law, red. Larissa von Herik, Edward Elgar Publishing, 2016, s. 3.

34. Zob. European Court of Human Rights, Verein KlimaSeniorinnen Schweiz and Others v. Switzerland, Grand Chamber, Judgment of 9 April 2024, Application No. 53600/20.

Austria, który w odróżnieniu od wcześniej przywołanego wyroku, dopuścił możliwość objęcia koncepcją ofiary bezpośredniej wpływ zmian klimatu na prawa regulowane EKPCz³⁵.

5. Zakończenie

Skuteczność mechanizmów w obliczu współczesnych wyzwań oraz ich skali jest znacznie ograniczona. Obowiązujące prawo okazuje się zbyt wąskie, by objąć szkody o charakterze potencjalnym, przez co nie należy wyłącznie postrzegać mechanizmów odpowiedzialności przez pryzmat odpowiedzialności państwa.

Należy dostosować ogólny katalog mechanizmów do jednostek indywidualnych, osób prawnych, a także do organizacji międzynarodowych, które również w niedalekiej przyszłości mogą przejąć pośrednią odpowiedzialność za naruszenia norm prawa ochrony środowiska. Przykład ochrony środowiska pokazuje ogólny problem, w którym należy traktować odpowiedzialność jako „żywy instrument” dla stworzenia elastycznej traktatowej definicji szkody. Konieczne wydaje się również utworzenie wiążących mechanizmów finansowych opartych na weryfikowalnych obliczeniach na podstawie modelowania strat spowodowanych utworzeniem szkody.

Streszczenie:

Artykuł „Skuteczność mechanizmów odpowiedzialności międzynarodowej – pomiędzy lex lata a lex ferenda na przykładzie prawa ochrony środowiska” analizuje funkcjonowanie oraz efektywność mechanizmów odpowiedzialności w prawie międzynarodowym.

Praca przedstawia istniejące instrumenty prawne służące dochodzeniu roszczeń, ukazując kluczowe wyzwania, takie jak fragmentaryczność reżimów, brak jednolitej definicji odpowiedzialności oraz problemy z egzekucją zobowiązań. Artykuł przedstawia najnowsze wyzwania dla tradycyjnych ram odpowiedzialności, w tym problem odpowiedzialności korporacyjnej oraz problem obliczania odszkodowań, gdzie pojęcie „wyrządzonej szkody” jest niewystarczające. Artykuł postuluje wprowadzenie weryfikowalnych metod obliczania szkód oraz implementację pośredniej odpowiedzialności korporacyjnej, a także po-traktowanie odpowiedzialności jako „żywego instrumentu”.

Słowa kluczowe: odpowiedzialność prawnomiędzynarodowa, sankcja, odpowiedzialność korporacyjna, prawo ochrony środowiska.

Abstract:

The article "Effectiveness of International Liability Mechanisms – Between Lex Lata and Lex Ferenda on the Example of Environmental Law examines the functioning and effectiveness of liability mechanisms in international law.

The article presents existing legal instruments for pursuing claims, highlighting key challenges such as fragmented regimes, the lack of a uniform definition of liability, and difficulties with enforcement. The article presents recent challenges to traditional liability frameworks, including the problem of corporate liability and the problem of calculating damages, where the concept of "damage caused" is insufficient. The article advocates for the introduction of verifiable methods for calculating damages and the implementation of indirect corporate liability, as well as treating liability as a "living instrument.

Keywords: international legal responsibility, sanction, corporate legal responsibility, environmental law.

 **O autorze:** Remigiusz Bartkowiak – Uniwersytet Wrocławski, Wydział Prawa, Administracji i Ekonomii, mail: 329599@uwr.edu.pl.

35. Zob. European Court of Human Rights, *Müllner v. Austria*, Application no. 18859/21.

Herausgeber
Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung e.V.
Verlag de-iure-pl Berlin, Wrocław

Schriftleitung
Prof. Dr. hab. Ewa Tuora-Schwierskott, (Uniwersytet Jana Długosza, Częstochowa, Polen) LL.M.
schwierskott@dpjv.de
Tel.: + 48 882421910

Redaktion
R.A. Michał Rejniewicz (Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Deutschland)
Dr. Agnieszka Malicka (Uniwersytet Wrocławski, Wydział Prawa, Administracji i Ekonomii, Polen)
Dr. Jan Schurmann (Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Deutschland)
Prof. Dr. hab. Paweł Kuczma (Uniwersytet Zielonogórski, Wydział Prawa i Administracji, Polen)

Wissenschaftlicher Rat
Prof. Dr. Marian Grzybowski (Uniwersytet Jana Długosza, Częstochowa, Polen)
Prof. Dr. Mirosław Wyrzykowski (Uniwersytet Warszawski, Polen)
Prof. Dr. Gerrit Manssen (Universität Regensburg, Deutschland)
Prof. Dr. Cristina Hermida del Llano, (Universidad Rey Juan Carlos, Spanien)
Prof. Dr. Luca Mezetti (Università di Bologna, Italien)
Prof. Dr. hab. Paweł Kuczma (Uniwersytet Zielonogórski, Wydział Prawa i Administracji, Polen)
Wissenschaftlicher Beirat und Rezension
Prof. Dr. Bogusław Przywora (Uniwersytet Jana Długosza, Częstochowa, Polen)
Prof. Dr. Pasquale Policastro (Uniwersytet Szczeciński, Polen)
Prof. Dr. Andrzej Szmyt (Uniwersytet Gdański, Polen)
Prof. Dr. Rainer Arnold (Universität Regensburg, Deutschland) †
Prof. Dr. Krzysztof Mikołajczuk (Katolicki Uniwersytet Lubelski Jana Pawła II, Polen)
Prof. Dr. Ivan Pankevych (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Prof. Dr. Andrzej Bisztyga (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Prof. Dr. Ioan Gânfălean (Universitatea „1 Decembrie 1918” din Alba Iulia, Rumänien)
Prof. Dr. Gabriella Mangione (Università degli Studi dell’Insubria, Como, Italien)
Prof. Dr. Paweł Kuczma (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Prof. Dr. Izabela Gawłowicz (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Conf. univ. Dr. Bianca Dabu (Universitatea din Pitești, Rumänien)
Conf. univ. Dr. Miruna Tudorascu (Universitatea „1 Decembrie 1918” din Alba Iulia, Rumänien)
Dr. Napoleon Dabu (Universitatea din Pitești, Rumänien)
Dr. Manole Decebal Bogdan (Universitatea „1 Decembrie 1918” din Alba Iulia, Rumänien)
Dr. Jan Schurmann (Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Deutschland)
Dr. Edyta Krzysztofik (Katolicki Uniwersytet Lubelski Jana Pawła II, Polen)
Dr. Ilona Grądzka (Katolicki Uniwersytet Lubelski Jana Pawła II, Polen)
Dr. Luigi Mariano Guzzo (Università degli Studi „Magna Græcia” di Catanzaro, Italien)
Dr. Magdalena Maksymiuk (Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego, Polen)
Dr. Justyna Michalska (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Dr. Joanna Filaber (Uniwersytet Merito, Wrocław, Polen)
Dr. Agnieszka Malicka (Uniwersytet Wrocławski, Wydział Prawa, Administracji i Ekonomii, Polen)
Dr. Jan Schurmann (Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Deutschland)

Anzeigenverwaltung
Prof. Dr. hab. Ewa Tuora-Schwierskott, (Uniwersytet Jana Długosza, Częstochowa, Polen) LL.M.
Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung e.V.
Tel.: + 48 882421910
Littenstraße 11, 10117 Berlin
schwierskott@dpjv.de

Vertrieb
Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung e.V.
Littenstraße 11, 10117 Berlin

Satz & Gestaltung
Jacek Galazka, studio OKO GRAPHia E: info@okographia.com W: www.okographia.com

Erscheinungsweise
4 x jährlich
Die in DPJZ veröffentlicht

Bezugspreis
Einzelheft 14,90 €, jeweils inklusive MwSt. zzgl. Versandkosten (4,00 € Inland / 9,90 Ausland)
Jahresabonnement 45,00 €

Vorzugspreis
Mitglieder der Deutsch-Polnischen Juristen-Vereinigung e.V. gegen Nachweis der Entrichtung des Mitgliederbeitrages bekommen das Heft unentgeltlich.

Anzeigenformate und Grundpreise
1/1 Seite 350,00 €, ½ Seite 200,00 €, 1/1 Seite U3 450,00 €, Rubrikanzeigen 35,00 €

Urheberrecht
Die Zeitschrift und die in ihr enthaltenen Aufsätze, Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Vereinigung und des Verlages weder vollständig noch in Teilen vervielfältigt werden. Dies gilt auch für Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Zurverfügungstellung in elektronischer Form. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. der Herausgeber wieder.

Manuskripte:
Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag.

Bildquellen
Fotolia.de, iStockphoto.com, sxc.hu, pixelio.de, Getty Images, commons.wikimedia.org, www.flickr.com, wikipedia
Auflage 1000 Stück

DEUTSCH – POLNISCHE RECHTSSCHULE WROCŁAW – BERLIN

**SCHULE DES DEUTSCHEN RECHTS
FAKULTÄT FÜR RECHTS-, VERWALTUNGS-
UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
UNIVERSITÄT WROCŁAW**

<https://prawo.uni.wroc.pl/taxonomy/term/132>

**SCHULE DES POLNISCHEN RECHTS
JURISTISCHE FAKULTÄT
HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN**

<https://www.rewi.hu-berlin.de/de/ip/cert/dprs>



**Uniwersytet
Wrocławski**



DPJV
Deutsch-Polnische
Juristen-Vereinigung e.V.

